

Die Senatorin für Arbeit, Frauen,  
Gesundheit, Jugend und Soziales



Freie  
Hansestadt  
Bremen

# **Lebenslagen im Land Bremen**

**Datenreport  
des Senats der Freien Hansestadt Bremen  
- 2010 -**

Vorgelegt von der Senatorin für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales  
Bremen, August 2010

## Impressum

Lebenslagen im Land Bremen. Datenreport des Senats der Freien Hansestadt Bremen -2010-  
August 2010

### Herausgeberin

Die Senatorin für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales (SAFGJS)

Bahnhofplatz 29

28195 Bremen

### Autoren/-innen

Arbeitsgruppe „Lebenslagen“

Dr. Karl Bronke

E-Mail: [karl.bronke@soziales.bremen.de](mailto:karl.bronke@soziales.bremen.de)

Christiana Ohlenburg

E-Mail: [christiana.ohlenburg@soziales.bremen.de](mailto:christiana.ohlenburg@soziales.bremen.de)

Felix Priesmeier

E-Mail: [felix.priesmeier@soziales.bremen.de](mailto:felix.priesmeier@soziales.bremen.de)

Renate Siegel

E-Mail: [renate.siegel@soziales.bremen.de](mailto:renate.siegel@soziales.bremen.de)

in Kooperation mit

Jendrik Schröder, Institut Arbeit und Wirtschaft

E-Mail: [jendrik.schroeder@gmx.de](mailto:jendrik.schroeder@gmx.de)

mit Unterstützung von

Inge Backhaus-Bartels, Marion Brünner, Birgit Döring, Andrea Frenzel-Heiduk, Erhard Heintze, Lutz Jasker, Frank Lück, Dr. Karin Lüsebrink, J. Patermann, Dr. Anne Röhms, Manfred Schütte, Florian Smets und Mitarbeiter/-innen des Statistischen Landesamtes

## **Inhalt**

<b>1. Vorbemerkungen</b>	<b>4</b>
<b>2. Zusammenfassung</b>	<b>5</b>
<b>3. Bevölkerungsdaten und –entwicklung im Land Bremen</b>	<b>8</b>
3.1 Bevölkerung	8
3.2 Alter	8
3.3 Migrationshintergrund	10
3.4 Familien	10
3.5 Haushalte	12
3.6 Menschen mit Behinderungen	14
<b>4. Einkommen</b>	<b>15</b>
4.1 Arbeitsentgelte	15
4.2 Haushaltseinkommen	16
4.3 Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch II	17
4.4 Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch XII	21
4.5 Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz	22
4.6 Überschuldung	23
4.7 Armutsgefährdungsquote	25
<b>5. Erwerbstätigkeit</b>	<b>27</b>
5.1 Sozialversicherungspflichtige Beschäftigung	27
5.2 Atypische Beschäftigung	29
5.3 Kurzarbeit	31
5.4 Arbeitslosigkeit	31
<b>6. Frühkindliche Bildung und Schulbildung</b>	<b>34</b>
6.1 Kinderbetreuung	34
6.2 Schulabschlüsse	35
<b>7. Wohnen</b>	<b>37</b>
7.1 Kosten der Unterkunft (KdU)	37
7.2 Wohngeld	38
7.3 Wohnungslosigkeit	39
<b>8. Gesundheit</b>	<b>42</b>
8.1 Säuglingssterblichkeit	42
8.2 Kindergesundheit	42
<b>9. Partizipation</b>	<b>44</b>
9.1 Wahlbeteiligung	44
9.2 Freiwilliges Engagement	46
<b>10. Stadt- und ortsteilbezogene Datenauswertung</b>	<b>47</b>
10.1 Zusammensetzung der Bevölkerung	47
10.2 Steuerpflichtiges Einkommen	49
10.3 SGB II-Bezug	50
10.4 Bildung	52
<b>11. Abbildungsverzeichnis</b>	<b>54</b>
<b>12. Anhang</b>	<b>57</b>

## 1. Vorbemerkungen

Der Senat hat im Jahr 2009 den ersten Armuts- und Reichtumsbericht für das Bundesland Bremen vorgelegt.<sup>1</sup> Beabsichtigt ist, zukünftig in jeder Legislaturperiode der Bremischen Bürgerschaft einen solchen Bericht zu veröffentlichen.

Der hier vorliegende Datenreport schreibt ausgewählte, im Bericht „Lebenslagen im Land Bremen“ enthaltene, Kennzahlen für die Entwicklung von Armutslebenslagen fort und wird zukünftig jährlich erscheinen. Er bereitet damit zugleich die Daten für folgende Armuts- und Reichtumsberichte auf.

Der Bremische Datenreport gliedert sich nach den Lebenslagen, die im Armuts- und Reichtumsbericht beschrieben sind. Die Betrachtung spezifischer Zielgruppen erfolgt innerhalb der Lebenslagenkapitel.

Sofern Daten verfügbar waren, führt der Report die Kennzahlen für das Bundesland Bremen, die Städte Bremen und Bremerhaven sowie auf Ortsteilebene auf.<sup>2</sup> Außerdem werden die Informationen, soweit verfügbar, nach Männern und Frauen differenziert, um geschlechterbezogene Ausprägungen zu beschreiben. Die Daten sind teilweise tabellarisch bzw. in Schaubildern dargestellt. Die sie begleitenden Auswertungen nehmen teilweise Bezug zu den Aussagen des Armuts- und Reichtumsberichts 2009.

Die „Rohdaten“ für die verwendeten Kennzahlen sind in einem Anhang<sup>3</sup> zusammengestellt, nach Verfügbarkeit vom Jahr 2000 an. Für einige Kennzahlen, die im Armuts- und Reichtumsbericht aufgeführt werden, liegen in diesem Jahr keine aktuellen Daten vor. Auf deren Darstellung wird daher hier verzichtet.<sup>4</sup> Sobald aktuelle Werte vorliegen, sollen die Kennzahlen in die künftigen Berichte aufgenommen werden.<sup>5</sup>

---

<sup>1</sup> SAFGJS (2009): Lebenslagen im Land Bremen. Armuts- und Reichtumsbericht des Senats der Freien Hansestadt Bremen –2009-

<sup>2</sup> Einige Daten liegen für die Stadt Bremen, jedoch nicht für die Stadt Bremerhaven und folglich nicht für das Land Bremen vor.

<sup>3</sup> Der Anhang ist im Internet unter <http://www.soziales.bremen.de/sixcms/detail.php?gsid=bremen69.c.6072.de> zugänglich.

<sup>4</sup> Die vorhandenen Werte befinden sich jedoch im Anhang. Es handelt sich um die Bevölkerungsprognose für das Bundesland Bremen, den Anteil der Mietkosten am Haushaltseinkommen, den Anteil von Kindern mit Entwicklungsauffälligkeiten, den Anteil der Frauen, deren Lebensunterhalt überwiegend durch Angehörige gesichert wird, die Lebenserwartung in den Stadtteilen der Stadt Bremen sowie die Anzahl der Pflegebedürftigen im Land Bremen.

<sup>5</sup> Zu einigen Lebenslagen wäre es wünschenswert, neue Indikatoren aufzunehmen, wie zum Beispiel die Umweltbelastungen (Lärm, Luftverschmutzung) im Bereich Wohnen. Dies ist jedoch nicht immer möglich, weil diese Daten nicht auf Ortsteilebene vorliegen und daher bspw. keine Aussagen zu Verknüpfungen von ökologischen Belastungen und materieller Lebenslage möglich sind.

## 2. Zusammenfassung

Der Datenreport schreibt die im Armuts- und Reichtumsbericht 2009 verwendeten Kennzahlendaten fort. Diese galten überwiegend für das Jahr 2007. Die neuen Werte stammen aus den Jahren 2008 und – teilweise – 2009. In diesem Zeitraum hat sich die derzeit andauernde und nach aktuellen Prognosen bereits wieder abklingende Wirtschaftskrise entwickelt. Die wirtschaftliche Entwicklung wirkt sich auf den Arbeitsmarkt und die Einkommen der Erwerbstätigen aus. Hier soll der Niederschlag der Krise auf die Entwicklung von Armut und Reichtum in Bremen betrachtet werden.

Der Bremer **Arbeitsmarkt** zeigte im Jahr 2008 zunächst eine positive Tendenz. Die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisse (am Wohnort) stieg bereits seit 2005 wieder an und erhöhte sich bis 2008 um über 12.000 auf 200.813. Auch die Arbeitslosenquoten sanken in 2008 auf 12,6 Prozent im Land Bremen, 11,4 Prozent in der Stadt Bremen und 18,3 Prozent in der Stadt Bremerhaven. Im Jahre 2009 zeigten sich jedoch die Auswirkungen der Wirtschaftskrise: Zunächst stieg die Arbeitslosenquote um 0,5 Prozentpunkte auf 13,1 Prozent an. Die Anzahl der Zeitarbeiter/-innen, die sich bei zurückgehenden Aufträgen als erste verringert, ging nach einem deutlichen Anstieg bis 2008 von 8.327 auf 6.968 im Jahre 2009 zurück. Dem gegenüber nahm die Anzahl der Kurzarbeiter/-innen vom Dezember 2008 bis zum Dezember 2009 von 1.983 auf 16.206 zu. Die Kurzarbeiterstatistik zeigt mit einer Zunahme um das Achtfache deutlich das Ausmaß der Wirtschaftskrise. Insbesondere die Verlängerung des Kurzarbeitergeldes führte dazu, dass die Arbeitslosenquote nur moderat anstieg und die Arbeitsplätze der Kurzarbeiter/-innen bisher erhalten blieben. Die Bundesagentur für Arbeit stellt in ihrem aktuellen Arbeitsmarktbericht eine positive Entwicklung am Arbeitsmarkt fest. Seit 2009 verringerten sich sowohl die Anzahl der Kurzarbeiter/-innen als auch die Zahl der Arbeitslosen. Während alle westdeutschen Bundesländer einen Rückgang der Arbeitslosenquoten (Erhebungszeitpunkt Juni) zeigen, lag die Quote im Bundesland Bremen mit 12 Prozent hingegen gleichauf mit dem Wert des Vorjahresmonates.<sup>6</sup>

Die höhere Arbeitslosenquote schlägt sich korrespondierend im Anteil der Beziehender/-innen von **Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch II (SGB II)** nieder. Die SGB II-Quote nahm in der Stadt Bremen von 17,7 Prozent im Dezember 2006 auf 16,5 Prozent im Dezember 2008 und in der Stadt Bremerhaven von 25,7 Prozent auf 23,2 Prozent ab. Die SGB II-Quote im Land Bremen ging im selben Zeitraum von 19,1 auf 17,7 Prozent zurück. Von 2008 auf 2009 stieg die Anzahl der Leistungsbezieher/-innen im Bundesland Bremen um drei Prozent. Der SGB II-Bezug betrifft insbesondere Kinder und Jugendliche. Dabei gilt: je jünger die Kinder,

---

<sup>6</sup> Bundesagentur für Arbeit (2010): Der Arbeits- und Ausbildungsmarkt in Deutschland. Juni 2010. Monatsbericht.

desto höher der Anteil des SGB II-Bezugs. Im Jahre 2008 bezogen 30 Prozent und damit nahezu ein Drittel der unter 15-Jährigen im Land Bremen Leistungen nach dem SGB II. Bei Kindern unter 6 Jahren waren es sogar 35 Prozent. Dabei liegt die Quote in Bremerhaven mit 43,2 Prozent bei den unter 6-Jährigen Leistungsbezieher/-innen nach dem SGB II besonders hoch.

Zugleich nahm die **Polarisierung der Einkommen** weiter zu. Die Entwicklung des Haushaltsnettoeinkommens im Bundesland Bremen zwischen 2002 und 2008 zeigt, dass sich die Anteile der unteren sowie der oberen Einkommen erhöhen, während die Mitte prozentual verliert. Verfügten 2002 noch 21,6 Prozent der Haushalte im Land Bremen über ein Nettoeinkommen von weniger als 900 Euro im Monat, stieg ihr Anteil bis 2008 auf 23,6 Prozent an. Im gleichen Zeitraum nahm der Anteil der höheren Einkommen über 2.600 Euro von 19 auf 24,7 Prozent zu.

Diese Ergebnisse ähneln den Erkenntnissen der jüngsten DIW-Studie, die ebenfalls eine Polarisierung der Einkommen in Deutschland festgestellt hat. Die Studie nennt einen für das Jahr 2009 Anteil von 22 Prozent im unteren und 16,5 Prozent im oberen Einkommensbereich, während der mittlere Bereich 61,5 Prozent beträgt.<sup>7</sup>

Die **Überschuldung** blieb im Bundesland Bremen zudem unverändert hoch. Obwohl die Schuldner/-innenquote zwischen 2007 und 2009 von 15,5 auf 13,9 Prozent zurückging, belegt Bremen damit weiterhin den untersten Rang im Vergleich der 16 Bundesländer.

Die **Armutsrisikoquote** stieg im Jahre 2008 deutlich an. Nach einem Rückgang zwischen 2005 (22,3%) und 2007 (19,1%) lag der Wert für 2008 wieder bei 22,2 Prozent. Damit war etwa jeder fünfte im Bundesland Bremen lebende Mensch armutsgefährdet.

Eine positive Meldung für Bremen liefern jedoch die Informationen des dritten Freiwilligen-survey des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Im Armuts- und Reichtumsbericht war wegen ungünstiger Strukturdaten eine relativ geringe Engagementquote für Bremen erwartet worden. Tatsächlich zeigen die erstmals in Bremen erhobenen Daten, dass die Quote mit 30% nicht nur höher liegt als erwartet, sondern auch über den Quoten der anderen Stadtstaaten Berlin und Hamburg.

Weitere Ergebnisse im Überblick:

- Die durchschnittlichen Bruttomonatsverdienste nahmen von 2007 auf 2008 um 4,8 Prozent zu und blieben in 2009 auf dieser Höhe.
- Der Lohnabstand von Männer und Frauen verringerte sich in der Krise von 25,3 Prozent (2008) auf 22,1 Prozent (2009).

---

<sup>7</sup> Goebel, Jan/ Gornig, Martin/ Häußermann, Hartmut (2010): Polarisierung der Einkommen: Die Mittelschicht verliert. Wochenbericht des DIW Nr. 24/2010

- Von 2007 auf 2008 nahm die Erwerbstätigenquote um 0,3 Prozentpunkte auf 64,4 Prozent zu. Das Bundesland Bremen lag damit auch im Jahre 2008 signifikant unter dem Bundesdurchschnitt von 70,7 Prozent. Die Frauenerwerbstätigenquote blieb mit 60 Prozent weiterhin hinter dem Anteil der männlichen Erwerbstätigen von 68,7 Prozent zurück.
- Die steuerpflichtigen Einkommen bewegten sich 2001 in der Stadt Bremen zwischen den Durchschnittswerten 101.750 Euro im Ortsteil Horn und ca. 21.500 Euro in Neue Vahr Südost, Gröpelingen und Steffensweg.
- Im Jahre 2004 wies der Bremerhavener Ortsteil Speckenbüttel mit 38.282 Euro den höchsten, der Ortsteil Leherheide-West mit 16.197 Euro den niedrigsten Betrag bei den durchschnittlichen steuerpflichtigen Einkommen auf.
- In den Ortsteilen der Stadt Bremen variiert der Anteil Alleinerziehender von 48 Prozent in der Neuen Vahr Südwest bis 11 Prozent in Borgfeld.
- Der Frauenanteil bei den Alleinerziehenden liegt deutlich über 80 Prozent. Insgesamt sind es über 23.000 alleinerziehende Frauen, die in Bremen einem Haushalt vorstehen. Das ist eine deutliche Zunahme im Vergleich zu 2007 (21.700).
- Der Anteil ausländischer Schüler/-innen ohne Schulabschluss betrug 2009 12,8 Prozent, während 6,5 Prozent der deutschen Schüler/-innen die Schule ohne Abschluss verließen.
- Im Jahre 2008 waren 11,7 Prozent der Schulanfänger/-innen in der Stadt Bremen und 13,1 Prozent in Bremerhaven übergewichtig. Während der Anteil der betroffenen Kinder in benachteiligten Ortsteilen in den vergangenen Jahren stagnierte, sanken demgegenüber die Quoten in den privilegierten Ortsteilen.
- Die Wahlbeteiligung bei der Bundestagswahl 2009 in den Ortsteilen der Städte Bremen und Bremerhaven variierte: In Bremen von 52,7 Prozent in Tenever bis 83 Prozent in Oberneuland, in Bremerhaven von 48,9 Prozent in Goethestraße bis 85,5 Prozent in Speckenbüttel. In Ortsteilen mit geringen Einkommen war die Wahlbeteiligung geringer.

Die Daten belegen einen nach wie vor hohen Bedarf an Maßnahmen zur Stärkung des sozialen Zusammenhalts.

### 3. Bevölkerungsdaten und –entwicklung im Land Bremen

#### 3.1 Bevölkerung

Die Bevölkerungszahl im Land Bremen erreicht nach einer Zunahme von 2002 bis 2006 im Jahr 2009 nahezu den Stand des Jahres 2000. Differenziert betrachtet, zeigt sich dabei für die Stadt Bremen eine kontinuierliche Bevölkerungszunahme bis zum Jahr 2006 und seitdem eine Stagnation und in der Stadt Bremerhaven eine stetige Abnahme. Grundsätzlich wird laut langfristiger Bevölkerungsprognose des Senats ein Rückgang im Land Bremen erwartet.

Abbildung 1: Bevölkerung im Land Bremen 2000-2009<sup>8</sup>

	Land Bremen	Stadt Bremen	Stadt Bremerhaven
<b>2000</b>	661.453	539.617	121.836
<b>2001</b>	660.328	540.232	120.096
<b>2002</b>	660.127	541.955	118.172
<b>2003</b>	662.702	543.890	118.812
<b>2004</b>	662.831	545.143	117.688
<b>2005</b>	663.167	546.223	116.944
<b>2006</b>	664.275	547.859	116.416
<b>2007</b>	663.340	547.632	115.708
<b>2008</b>	662.033	547.255	114.778
<b>2009</b>	661.893	547.884	114.009

Quelle: Statistisches Landesamt (2010)

Abbildung 2: Bevölkerungsprognose für das Land Bremen 2020

<b>Prognose 2020</b>	656.689	551.739	104.959
----------------------	---------	---------	---------

Quelle: Freie Hansestadt Bremen, Senatskanzlei: Langfristige Globalplanung 2003

#### 3.2 Alter

Die Bevölkerung im Land Bremen wird älter. Dies ist die Prognose für 2020, und die Entwicklung der Altersgruppen in 2007 und 2008 entspricht ihr.

<sup>8</sup> Stand Ende November 2009



Abbildung 3: Altersgruppen im Land Bremen 2007-2008 und Prognose 2020

Land Bremen							
	2007			2008			Prognose 2020
	m	w	gesamt	m	w	gesamt	
<b>0&lt;6 Jahre</b>	16.559	15.392	31.951	16.506	15.485	31.991	32.194
<b>6&lt;18 Jahre</b>	36.925	34.811	71.736	36.121	33.931	70.052	66.964
<b>18&lt;65 Jahre</b>	211.038	208.502	419.540	210.557	207.839	418.396	407.564
<b>65+ Jahre</b>	57.382	82.473	139.855	58.630	82.797	141.427	149.978
<b>davon 80+ Jahre</b>	10.973	25.417	36.390	11.617	25.669	37.286	50.190
Stadt Bremen							
	2007			2008			Prognose 2020
	m	w	gesamt	m	w	gesamt	
<b>0&lt;6 Jahre</b>	13.643	12.583	26.226	13.561	12.716	26.277	26.938
<b>6&lt;18 Jahre</b>	29.893	28.135	58.028	29.374	27.646	57.020	55.080
<b>18&lt;65 Jahre</b>	174.527	174.113	348.640	174.176	173.566	347.742	344.985
<b>65+ Jahre</b>	46.942	67.933	114.875	47.988	68.333	116.321	124.738
<b>davon 80+ Jahre</b>	8.954	21.050	30.004	9.502	21.307	30.809	42.453
Stadt Bremerhaven							
	2007			2008			Prognose 2020
	m	w	gesamt	m	w	gesamt	
<b>0&lt;6 Jahre</b>	2.916	2.809	5.725	2.945	2.769	5.714	5.256
<b>6&lt;18 Jahre</b>	7.032	6.676	13.708	6.747	6.285	13.032	11.884
<b>18&lt;65 Jahre</b>	36.511	34.389	70.900	36.381	34.273	70.654	62.579
<b>65+ Jahre</b>	10.440	14.540	24.980	10.642	14.464	25.106	25.240
<b>davon 80+ Jahre</b>	2.019	4.367	6.386	2.115	4.362	6.477	7.737

Quelle: Statistisches Landesamt Bremen (2010); Freie Hansestadt Bremen, Senatskanzlei: Langfristige Globalplanung 2003. Daten jeweils zum Jahresende.

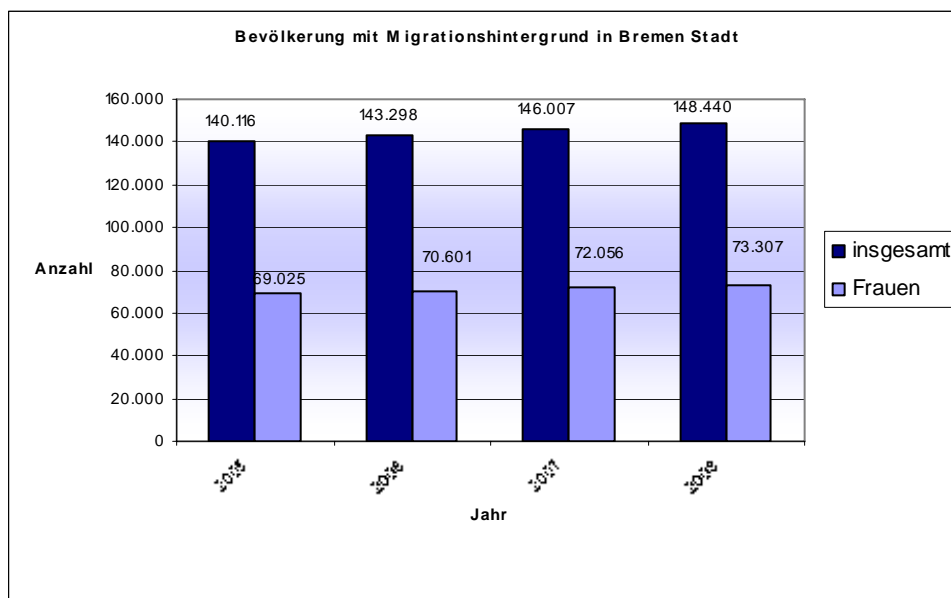
Einen starken Zuwachs zeigt die Gruppe der über 80-jährigen, die entsprechend der Prognose weiter stark zunehmen und sowohl den Altersdurchschnitt als auch die Altersstruktur verändern wird.<sup>9</sup>

<sup>9</sup> Zu den erwarteten Entwicklungen vgl. SAFGJS (2009): Lebenslagen im Land Bremen. Armuts- und Reichtumsbericht des Senats der Freien Hansestadt Bremen, S. 45f

### 3.3 Migrationshintergrund<sup>10</sup>

Sowohl die absolute Zahl als auch der prozentuale Anteil der Menschen mit Migrationshintergrund an der Bevölkerung in Bremen Stadt steigen an. Im Jahr 2008 hatten im Durchschnitt 27,1 Prozent der Bremerinnen und Bremer (148.440) einen Migrationshintergrund. Das bedeutet eine Steigerung von mehr als einem Prozentpunkt gegenüber 2005.

Abbildung 4: Anzahl der Migranten/-innen in der Stadt Bremen 2005-2008



Quelle: Statistisches Landesamt Bremen (2010) – eigene Darstellung

Der Armuts- und Reichtumsbericht 2009 hat gezeigt, dass mit einem kontinuierlichen Wachstum dieser Gruppe zu rechnen ist. Dies ist besonders relevant, da das Armutsrisiko von Migranten/-innen überdurchschnittlich hoch liegt.<sup>11</sup>

### 3.4 Familien

Das Armutsrisiko steigt mit der Anzahl der Kinder sowie mit dem Familienstatus „alleinerziehend“ an.<sup>12</sup> Insgesamt hat die Zahl der Ehepaare mit Kindern zwischen 2007 und 2008 er-

<sup>10</sup> Für Bremerhaven liegen keine Daten zum Anteil von Migranten/-innen an der Bevölkerung vor.

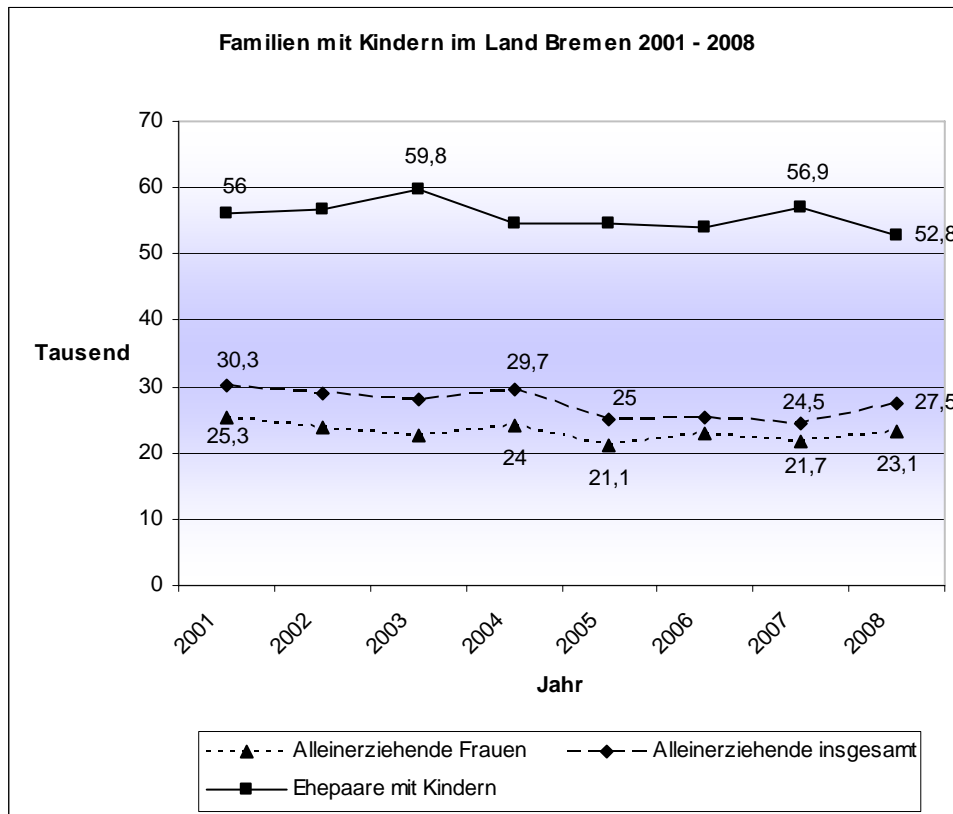
<sup>11</sup> Vgl. SAFGJS (2009): Lebenslagen im Land Bremen. Armuts- und Reichtumsbericht des Senats der Freien Hansestadt Bremen, S. 248 ff

<sup>12</sup> Vgl. SAFGJS (2009): Lebenslagen im Land Bremen. Armuts- und Reichtumsbericht des Senats der Freien Hansestadt Bremen

heblich abgenommen und lag 2008 wieder unter dem Wert von 2001. Die Zahl der Alleinerziehenden stieg dagegen von 2007 auf 2008 erneut an und erreichte 27.500 Haushalte.

Insgesamt waren 2008 mehr als ein Drittel aller Familien mit Kindern im Land Bremen alleinerziehend. Der Anteil von Alleinerziehenden in der Stadt Bremen liegt derzeit bei 29 Prozent. Die Grafik zeigt die Entwicklung der Familien ab 2001.

Abbildung 5: Familien mit Kindern im Land Bremen 2001-2008



Quelle: Statistisches Landesamt Bremen (2009): Statistisches Jahrbuch 2009, S. 28 – eigene Darstellung

Der Frauenanteil bei den Alleinerziehenden liegt zwischen 80 und 90 Prozent. Insgesamt sind es über 23.000 alleinerziehende Frauen, die im Land Bremen einem Haushalt vorstehen. Das ist eine deutliche Zunahme im Vergleich zu 2007. Die materielle Lage von alleinerziehenden Männern und Frauen unterscheidet sich deutlich. Männer sind auch als Alleinerziehende meistens berufstätig. Sie werden oft durch den Tod der Partnerin zu Alleinerziehenden. Bei Frauen ist es meist die Trennung vom Partner, die zu dieser Situation führt. Da alleinerziehende Frauen häufig nicht berufstätig sind, ist ihr Armutsrisiko sehr hoch, insbesondere, wenn die Kinder noch klein sind (siehe hierzu 4.3). Eine steigende Anzahl alleinerziehender (Frauen) weist auf ein steigendes Armutsrisiko im Land Bremen hin.

### 3.5 Haushalte

Die Haushaltsstruktur im Land Bremen verändert sich. Die im Bericht „Lebenslagen im Land Bremen“ beschriebene Tendenz setzt sich fort, d.h. es ist weiterhin eine Zunahme von Singlehaushalten festzustellen, während die Anzahl der Haushalte mit zwei und mehr Personen demgegenüber zurückgeht.

In Bremen Stadt nahmen die Einpersonenhaushalte im Zeitverlauf 2000 bis 2008 um 3,6 Prozent zu, die Anzahl der 2-Personenhaushalte blieb konstant und 3- und mehr Personenhaushalte haben abgenommen.

In Bremerhaven zeigt sich ein anderes Bild. Dort ist die Zahl der 2-Personenhaushalte stark rückläufig, nämlich um rund 10 Prozent. Die größeren Haushalte nahmen mit 14,3 Prozent noch stärker ab.

Abbildung 6: Haushalte im Land Bremen 2000 - 2009

<b>Haushalte (in Tsd.) Land Bremen</b>				
	<b>1 Pers.</b>	<b>2 Pers.</b>	<b>3 Pers. + mehr</b>	<b>Insges.</b>
	in 1.000			
<b>2000</b>	168	116	73	357
<b>2001</b>	172	112	72	356
<b>2002</b>	175	109	72	356
<b>2003</b>	168	111	74	353
<b>2004</b>	175	115	68	358
<b>2005</b>	172	115	69	356
<b>2006</b>	173	115	69	357
<b>2007</b>	170	112	72	354
<b>2008</b>	172	113	70	354
<b>2000-2008</b>	<b>2,4%</b>	<b>-2,6%</b>	<b>-4,1%</b>	<b>-0,8%</b>

<b>Haushalte (in Tsd.) Stadt Bremen</b>				
	<b>1 Pers.</b>	<b>2 Pers.</b>	<b>3 Pers. + mehr</b>	<b>Insges.</b>
	in 1.000			
<b>2000</b>	137	94	59	291
<b>2001</b>	142	90	59	291
<b>2002</b>	143	86	61	290
<b>2003</b>	138	91	60	289
<b>2004</b>	143	95	56	294
<b>2005</b>	141	95	58	293
<b>2006</b>	146	95	57	297
<b>2007</b>	141	93	61	294
<b>2008</b>	142	94	57	293
<b>2000-2008</b>	<b>3,6%</b>	<b>0,0%</b>	<b>-3,4%</b>	<b>0,7%</b>

<b>Haushalte (in Tsd.) Bremerhaven</b>				
	<b>1 Pers.</b>	<b>2 Pers.</b>	<b>3 Pers. + mehr</b>	<b>Insges.</b>
	in 1.000			
<b>2000</b>	31	21	14	66
<b>2001</b>	30	21	14	65
<b>2002</b>	32	23	11	66
<b>2003</b>	30	20	13	63
<b>2004</b>	32	20	12	64
<b>2005</b>	32	20	12	63
<b>2006</b>	28	20	12	60
<b>2007</b>	29	19	12	60
2008	30	19	12	62
<b>2000 -2008</b>	<b>-3,2%</b>	<b>-9,5%</b>	<b>-14,3%</b>	<b>-6,1%</b>

Quelle: Statistisches Landesamt Bremen (2009): Bevölkerung, Haushalte und Erwerbstätige 2008, S. 16

Die Haushaltsstruktur ist überwiegend durch Einpersonenhaushalte geprägt. Diese Entwicklung wird durch die wachsende Zahl alleinstehender älterer Menschen hervorgerufen.<sup>13</sup>

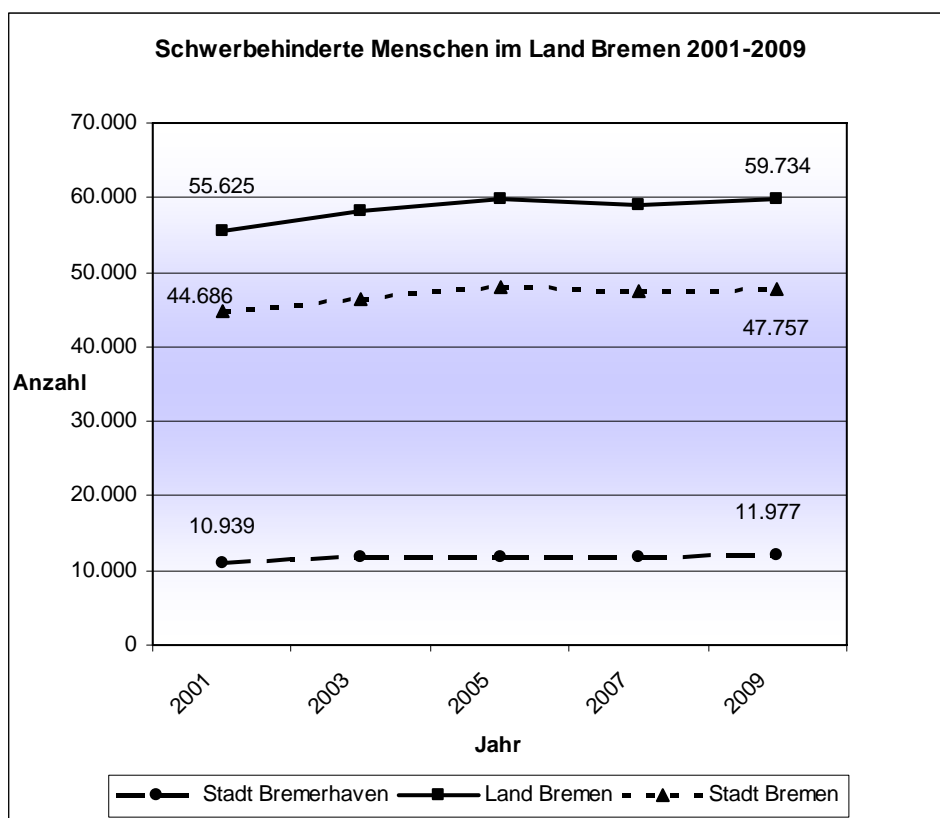
---

<sup>13</sup> Vgl. SAFGJS (2009): Lebenslagen im Land Bremen. Armuts- und Reichtumsbericht des Senats der Freien Hansestadt Bremen, S. 41

### 3.6 Menschen mit Behinderungen

Die Anzahl von Menschen mit einer anerkannten Schwerbehinderung in Bremen und Bremerhaven ist seit 2001 leicht angestiegen. Dieser Trend wird sich voraussichtlich in den kommenden Jahren fortsetzen, da es immer mehr hochaltrige Menschen mit körperlichen Beeinträchtigungen und immer mehr Menschen mit Behinderungen, die ein hohes Alter erreichen, geben wird. Der Anteil weiblicher schwerbehinderter Personen beträgt über den gesamten Beobachtungszeitraum und in beiden Städten knapp über 50%.<sup>14</sup>

Abbildung 7: Schwerbehinderte Menschen im Land Bremen 2001-2009



Quelle: Statistisches Landesamt Bremen (2010) – eigene Darstellung

Eine Behinderung führt nicht zwangsläufig zu materieller Armut, aber stellt eine benachteiligende Lebenslage dar. Auf Grund der demografischen Entwicklung ist sowohl mit einem Anstieg der absoluten Zahl, als auch des Anteils von Menschen mit einer anerkannten Schwerbehinderung an der Gesamtbevölkerung zu rechnen.<sup>15</sup>

<sup>14</sup> Vgl. Tabelle 8 im Datenanhang

<sup>15</sup> Vgl. SAFGJS (2009): Lebenslagen im Land Bremen. Armuts- und Reichtumsbericht des Senats der Freien Hansestadt Bremen, S. 218ff

## 4. Einkommen

### 4.1 Arbeitsentgelte

Entgelte aus Erwerbstätigkeit stellen für viele Menschen die Haupteinkommensquelle dar. Die Summe der Arbeitsentgelte nahm im Bundesland Bremen zwischen 2000 und 2008 von ca. 8,28 auf 8,86 Mrd. Euro zu. Das entspricht einer prozentualen Steigerung von 6,9 Prozent in einem Zeitraum von acht Jahren. Das BIP stieg im selben Zeitraum von 22,1 auf 27,4 Mrd. Euro und damit um 24,1 Prozent an. Der Vergleich zeigt: die Entwicklung der Arbeitsentgelte bleibt im Land Bremen weit hinter dem Anstieg der Wirtschaftsleistung zurück.<sup>16</sup>

Zudem weichen die Bruttolöhne von Männern und Frauen weiterhin voneinander ab. Während Männer im Jahre 2009 ein durchschnittliches Bruttoeinkommen von 3.846 Euro erzielten, erreichten Frauen lediglich 3.008 Euro im Monat. Somit bestand eine Einkommensdifferenz von 21,8 Prozent. Zudem gingen die Bruttolöhne männlicher Arbeitnehmer, nachdem die Einkommen zwischen 2007 und 2008 insgesamt deutlich anstiegen, in der Wirtschaftskrise zurück. Im produzierenden Gewerbe erhielten die Beschäftigten teilweise Kurzarbeitergeld, das unter dem regulären Lohn liegt. Da dieser Wirtschaftszweig zu 86 Prozent Männer beschäftigt, sanken die Bruttolöhne der männlichen Arbeitnehmer zwischen 2008 und 2009 ab, während die Bruttoeinkommen der Frauen dagegen anstiegen. Im Ergebnis hat sich der Lohnabstand zwischen Männern und Frauen durch die Wirtschaftskrise daher verringert. Bei einem konstanten Wachstum der Bruttolöhne läge die Einkommensdifferenz zwischen den Geschlechtern deutlich höher.<sup>17</sup>

Abbildung 8: Durchschnittliche Bruttomonatsverdienste im Produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich im Land Bremen 2007-2009

	<b>insgesamt</b>	<b>Männer</b>	<b>Frauen</b>	<b>Einkommensdifferenz in %</b>
<b>2007</b>	3.454	3.689	2.843	22,9
<b>2008</b>	3.619	3.882	2.899	25,3
<b>2009</b>	3.614	3.846	3.008	21,8

Quelle: Statistisches Landesamt Bremen (2010) – eigene Darstellung

<sup>16</sup> Statistisches Landesamt Bremen (2010): Statistische Berichte. Entstehung, Verteilung und Verwendung des Bruttoinlandsprodukts im Lande Bremen 1993-2009. Stand 10. Juni 2010, [[http://www.statistik.bremen.de/sixcms/media.php/13/PI2\\_2009\\_Entstehung\\_Verteilung\\_Verwendung\\_Sozialprodukt.pdf](http://www.statistik.bremen.de/sixcms/media.php/13/PI2_2009_Entstehung_Verteilung_Verwendung_Sozialprodukt.pdf)].

<sup>17</sup> Statistisches Landesamt Bremen (2010)

## 4.2 Haushaltseinkommen

Das monatliche Haushaltsnettoeinkommen wird durch den Mikrozensus<sup>18</sup> jährlich erhoben. Im Jahre 2002 erzielten ca. 21,6 Prozent aller Haushalte im Land Bremen ein Nettoeinkommen von unter 900 Euro im Monat. Deren Anteil stieg bis 2008 auf ca. 23,6 Prozent an. Während die höheren Einkommen über 2.600 Euro im Monat von 19 auf 24,7 Prozent zunahmen, verringerte sich zeitgleich der Anteil der mittleren Einkommensgruppe um über 7 Prozentpunkte auf nur noch 51,7 Prozent. Sowohl die aktuellen Werte des Sozioökonomischen Panels (SOEP) des DIW als auch die Mikrozensusdaten zeigen also eine Öffnung der Schere zwischen niedrigen und hohen Einkommen im Zeitraum von 2002 bis 2008.<sup>19</sup>

---

<sup>18</sup> Die Bevölkerungsstichprobe Mikrozensus liefert jährlich Daten über die Bürger/-innen im Land Bremen sowie der Städte Bremen und Bremerhaven.

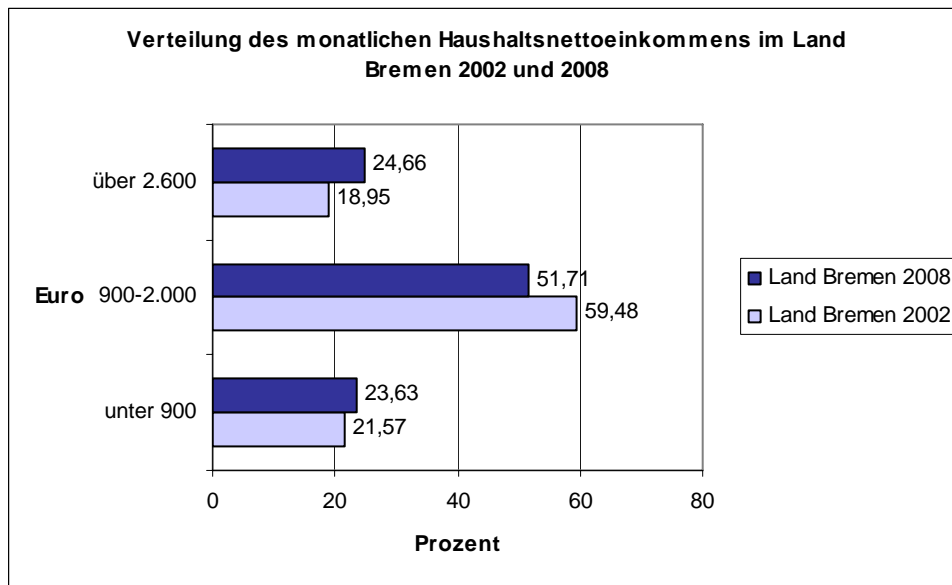
<sup>19</sup> Statistisches Landesamt Bremen (2010)

Das DIW beschreibt, dass die hier für Bremen festgestellte Einkommenspolarisierung im ganzen Bundesgebiet stattfindet. Die Untersuchung verwendet Daten des SOEP. Dabei unterscheiden die Autoren relative und absolute Polarisierung. Relative Polarisierung bedeutet: Die Gruppe der mittleren Einkommen nimmt ab, während die Anteile der niedrigen und hohen Einkommen zunehmen. Jedoch verringert sich in keiner der Gruppen das Durchschnittseinkommen. Absolute Polarisierung bedeutet: Der Anteil der unteren Einkommen steigt, und zusätzlich verringern sich die durchschnittlichen Einkünfte der Niedrigverdiener/-innen. Beide Polarisierungen nehmen demnach in Deutschland seit 1993 deutlich zu. Die Auswertung des Mikrozensus bestätigt die relative Polarisierung der Haushaltsnettoeinkommen im Land Bremen zwischen 2002 und 2008. Der Mikrozensus erhebt die Einkommen in Gruppen. Deshalb ist auf dieser Grundlage keine genaue Aussage über die Entwicklung der absoluten Einkünfte und damit der absoluten Polarisierung möglich (Goebel, Jan/ Gornig, Martin/ Häußermann, Hartmut (2010): Polarisierung der Einkommen: Die Mittelschicht verliert. Wochenbericht des DIW Nr. 24/2010.)

Leider lassen sich anhand der Mikrozensusdaten keine Aussagen über sehr hohe Haushaltsnettoeinkommen treffen. Die Erhebung fragt die Haushaltseinkünfte nach Einkommensgruppen ab. Die höchste in der Auswertung dargestellte Gruppe fasst alle Einkommen als Summen über 2.600 bzw. ab 2005 über 3.200 Euro zusammen.



Abbildung 9: Verteilung des monatlichen Haushaltsnettoeinkommens im Land Bremen 2002 und 2008



Quelle: Statistisches Landesamt Bremen (2010) – eigene Darstellung

#### 4.3 Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch II

Das Sozialgesetzbuch II (SGB II) regelt seit 2005 die Grundsicherung für hilfebedürftige Arbeitsuchende, die ihren Lebensunterhalt nicht oder nicht ausreichend aus eigenen Kräften und Mitteln sichern können.

Erwerbsfähige Arbeitsuchende erhalten durch das SGB II das Arbeitslosengeld II (ALG II).<sup>20</sup> Aber auch für nicht erwerbsfähige Personen, die mit Arbeitslosengeld II-Bezieher/-innen in einer so genannten Bedarfsgemeinschaft leben, kann ein Leistungsanspruch bestehen. Im Dezember des Jahres 2005 erhielten 99.640 Personen im Bundesland Bremen Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch II. Nach einem geringen Anstieg im Jahre 2006 sank die Anzahl der SGB II-Bezieher/-innen auf 97.208 im Dezember 2007 und in 2008 auf 91.985 und damit um ca. 7,7 Prozent ab. Der Anteil der Leistungsempfänger/-innen an der Bevölkerung unter 65 Jahren verringerte sich damit im Land Bremen von 19,0 in 12/2005 auf 17,7 Prozent in 12/2008.

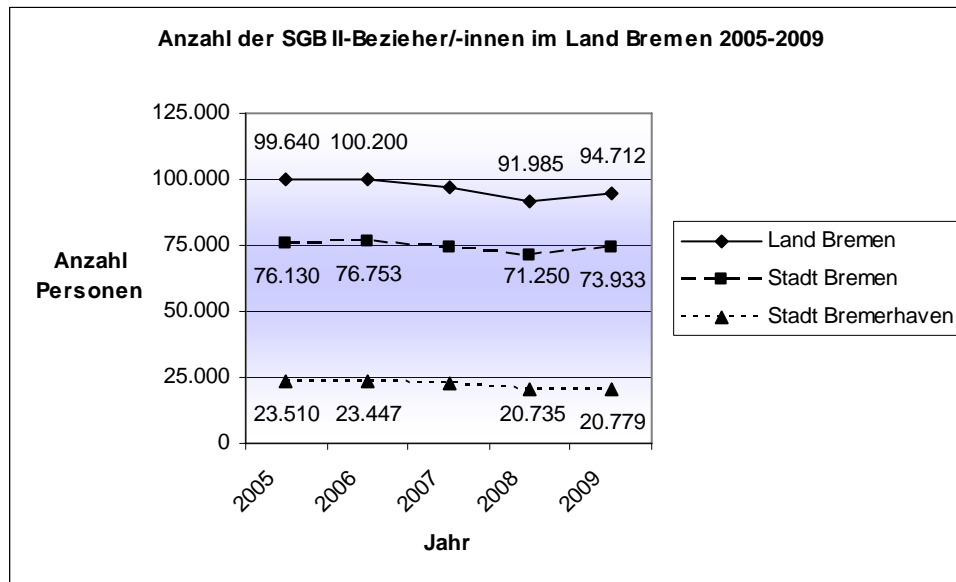
Die SGB II-Quote in der Stadt Bremen lag 2008 bei 16,5 Prozent. In Bremerhaven lag sie 2008 mit 23,2 Prozent deutlich höher als in der Stadt Bremen.

Von 2008 auf 2009 nahmen sowohl in Bremen als auch in Bremerhaven die Zahlen der SGB II-Empfänger/-innen zu, und zwar um insgesamt rd. drei Prozent im Land Bremen. Analog

<sup>20</sup> Arbeitslose erhalten bei Eintritt von Arbeitslosigkeit i.d.R. ein Jahr lang das Arbeitslosengeld I und im Anschluss das Arbeitslosengeld II.

zum Anstieg der Arbeitslosenquote handelt es sich hierbei überwiegend um die Wirkung der Wirtschaftskrise auf den Arbeitsmarkt.<sup>21</sup>

Abbildung 10: Anzahl der SGB II-Bezieher/-innen im Land Bremen 2005-2009



Quelle: Bundesagentur für Arbeit, Arbeitsmarkt in Zahlen, Statistik der Grundsicherung für Arbeitssuchende, Bedarfsgemeinschaften und deren Mitglieder – eigene Darstellung

<sup>21</sup> Bundesagentur für Arbeit, Arbeitsmarkt in Zahlen, Statistik der Grundsicherung für Arbeitssuchende, Bedarfsgemeinschaften und deren Mitglieder

Abbildung 11: Anzahl der SGB II-Bezieher/-innen unter 15 Jahren im Land Bremen 2005-2009 nach Geschlecht

<b>Land Bremen</b>			
	<b>Insgesamt</b>	<b>männlich</b>	<b>weiblich</b>
<b>2005</b>	26.953	13.914	13.039
<b>2006</b>	27.256	14.096	13.160
<b>2007</b>	26.691	13.801	12.890
<b>2008</b>	24.994	12.842	12.152
<b>2009</b>	25.426	13.018	12.408
<b>Stadt Bremen</b>			
	<b>Insgesamt</b>	<b>männlich</b>	<b>weiblich</b>
<b>2005</b>	20.551	10.557	9.994
<b>2006</b>	20.905	10.784	10.121
<b>2007</b>	20.408	10.539	9.869
<b>2008</b>	19.363	9.952	9.411
<b>2009</b>	19.785	10.122	9.663
<b>Stadt Bremerhaven</b>			
	<b>Insgesamt</b>	<b>männlich</b>	<b>weiblich</b>
<b>2005</b>	6.411	3.364	3.047
<b>2006</b>	6.351	3.312	3.039
<b>2007</b>	6.283	3.262	3.021
<b>2008</b>	5.631	2.890	2.741
<b>2009</b>	5.641	2.896	2.745

Quelle: Bundesagentur für Arbeit, Arbeitsmarkt in Zahlen, Statistik der Grundsicherung für Arbeitssuchende, Bedarfsgemeinschaften und deren Mitglieder – eigene Darstellung

Im Bundesland Bremen bezogen 2008 24.994 Kinder unter 15 Jahren Sozialgeld nach dem Sozialgesetzbuch II. Das entsprach einem Anteil von 30 Prozent an der Altersgruppe. Auch diese Werte wichen in den Städten Bremen und Bremerhaven voneinander ab: Lag der Anteil in Bremen Stadt bei 28,4 Prozent, so ist der Wert für Bremerhaven mit 37,2 Prozent signifikant höher.

Die Werte der Altersgruppe der 15-18-Jährigen waren insgesamt niedriger. So erhielten 2008 insgesamt 22,8 Prozent der Jugendlichen zwischen 15 und 18 Jahren im Land Bremen, 21,6 Prozent in der Stadt Bremen und 27,9 Prozent in der Stadt Bremerhaven Leistungen nach dem SGB II. Von 2006 bis 2008 erfolgte ein Rückgang, seit 2008 steigt die Anzahl der SGB II-Bezieher/-innen in dieser Gruppe wieder etwas an.

Die Entwicklung zeigt: je jünger die Kinder, desto höher der Anteil mit SGB II-Bezug. Im Jahre 2008 erhielten 27 Prozent der 6- unter 15-Jährigen und 34,9 Prozent der unter 6-Jährigen

im Land Bremen Sozialgeld. In Bremerhaven erreichte dieser Wert für die 0-unter 6-Jährigen sogar 43,2 Prozent.<sup>22</sup>

Ausländer/-innen erhalten überproportional häufig Leistungen nach dem SGB II. Im Jahr 2008 bezogen 21.665 Ausländer/-innen im Land Bremen SGB II-Leistungen. Der Anteil an allen Ausländern/-innen im Bundesland Bremen unter 65 Jahren lag damit bei 28,2 Prozent. Die SGB II-Quote unter deutschen Einwohnern/-innen betrug dagegen 15,8 Prozent. Das ergibt eine Differenz von 12,4 Prozentpunkten.<sup>23 24</sup>

Alleinerziehende haben bei der Aufnahme einer Erwerbstätigkeit zusätzliche Herausforderungen zu bewältigen, wie z.B. die Organisation der Kinderbetreuung und ggf. Qualifizierungen nach einer Erwerbsunterbrechung. Im Jahre 2009 gab es im Bundesland Bremen 9.241 und im Jahre 2008 9.372 erwerbsfähige Alleinerziehende im SGB II-Bezug. Insgesamt lebten 2008 27.500 Alleinerziehende im Bundesland Bremen. Daraus ergibt sich ein Anteil von 34,1 Prozent Alleinerziehendenhaushalten im SGB II-Bezug. Der zeitliche Vergleich zwischen der Entwicklung der SGB II-Bezieher/-innen insgesamt und den alleinerziehenden Elternteilen bestätigt deren Benachteiligung: Während die Gesamtzahl der Personen mit SGB II-Bezug im Land Bremen zwischen Ende 2005 und Ende 2009 um 5,0 Prozent zurückging, verringerte sich die Zahl der Alleinerziehenden unter ihnen im selben Zeitraum hingegen um lediglich 3,4 Prozent.<sup>25</sup>

---

<sup>22</sup> Statistisches Landesamt Bremen (2010)

<sup>23</sup> BA - Statistik der Grundsicherung für Arbeitssuchende nach SGB II

<sup>24</sup> Die Statistik enthält Fälle ohne Kennzeichnung, so dass eine Zuordnung zu den Gruppen Ausländer/-innen und Deutsche nicht erfolgen kann. Für die Berechnung der SGB II-Quote wurden hier Deutsche und Fälle ohne Kennzeichnung „hilfsweise“ zusammengefasst.

<sup>25</sup> Statistisches Landesamt Bremen (2010)

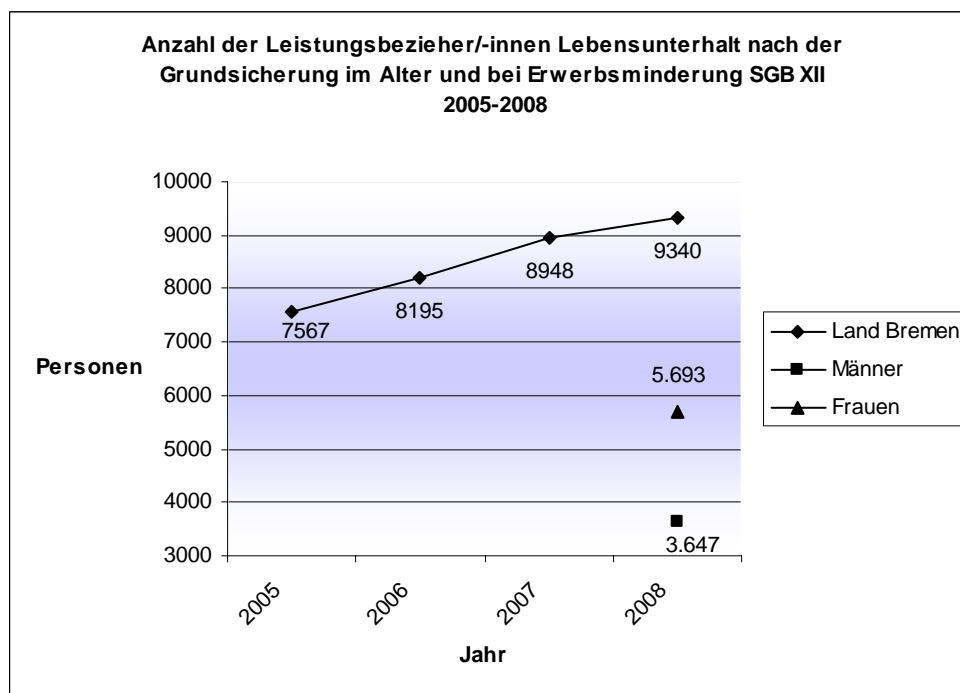
#### **4.4 Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch XII**

Neben den in Kapitel 4.3 dargestellten Leistungen für Arbeitsuchende (gemäß SGB II) regelt das Sozialgesetzbuch XII (SGB XII) für weitere Personengruppen Leistungen der Sozialhilfe. Innerhalb der Sozialhilfe lassen sich die Hilfe zum Lebensunterhalt (HLU) und die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung (GSiAE) unterscheiden. Die HLU bezieht sich auf Menschen, die weniger als drei Stunden am Tag arbeiten können und deshalb kein Arbeitslosengeld II erhalten, jedoch nicht vollständig erwerbsunfähig sind. Voll erwerbsgeminderte Menschen unter 65 Jahren und über 65-Jährige ohne ausreichendes Alterseinkommen und / oder Vermögen erhalten die GSiAE.

Die folgende Betrachtung konzentriert sich auf die quantitativ bedeutsamere Gruppe der Empfänger/-innen von Leistungen der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung. Im Jahr Ende 2008 umfasste diese Gruppe im Land Bremen 9.340 Personen (außerhalb von Einrichtungen). Die Anzahl der Leistungsempfänger/-innen in der GSiAE stieg zwischen 2005 und 2008 um ca. 23,4 Prozent an.

Die demografische Entwicklung sowie die feststellbaren diskontinuierlichen Erwerbsverläufe (atypische Beschäftigungsverhältnisse bzw. Arbeitslosigkeit) lassen eine weitere Zunahme dieser Personengruppe erwarten.

Abbildung 12: Anzahl der Leistungsbezieher/-innen Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung SGB XII im Land Bremen 2005-2008



Quelle: SAFGJS (2009): Lebenslagen im Land Bremen. Armuts- und Reichtumsbericht des Senats der Freien Hansestadt Bremen –2009-, S. 63; Statistisches Landesamt Bremen (2010) – eigene Darstellung

#### 4.5 Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz

Den Lebensunterhalt sowie weitere Versorgungsansprüche für Asylbewerber/-innen und Flüchtlinge regelt das Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG). Sofern Asylbewerber/-innen und Flüchtlinge nicht über eigenes Einkommen oder Vermögen verfügen, erhalten sie Hilfe zum Lebensunterhalt. Die Leistungen sind mehrere Jahre um ca. 20 Prozent abgesenkt. Asylberechtigte, deren Asylantrag anerkannt wurde, erhalten die gleichen Leistungen wie andere Bürger/-innen. Die Anzahl der Empfänger/-innen von Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz nimmt im Bundesland Bremen ab, von 4.284 im Jahre 2000 auf 3.791 im Jahre 2007 und 3.140 im Jahre 2008. Das entspricht einem Rückgang um 26,7 Prozent zwischen 2000 und 2008. Diese Entwicklung hängt mit bundesweit geringeren Zugangszahlen von Asylsuchenden sowie einer neuen Bleiberechtsregelung zusammen. Seit 2007 wird eine Aufenthaltserlaubnis auf Probe erteilt, sofern eine Beschäftigung nachgewiesen werden kann. Gleichzeitig löst diese Veränderung einen Wechsel der rechtlichen Grundlage der

Leistungsgewährung vom Asylbewerberleistungsgesetz zum SGB II aus, wenn ein existenzsicherndes Einkommen z.B. bei Familien nicht erzielt werden kann.<sup>26</sup>

#### 4.6 Überschuldung

Die Schuldner/-innenquote wird nicht amtlich erhoben, sondern lässt sich aus den Statistiken von privaten Auskunftseien ableiten. Die Quote des Unternehmens Creditreform stieg im Bundesland Bremen im Zeitraum von 2004 bis 2007 zunächst von 13,35 auf 15,5 Prozent an.<sup>27</sup> Bis zum Jahr 2009 sank der Anteil auf 13,92 Prozent ab. 2009 lagen die Schuldner/-innenquoten in Bremen Stadt bei 13,11 Prozent und in Bremerhaven bei 17,81 Prozent der Bevölkerung.

Trotz der dargestellten Abnahme der Schuldner/-innenquote nahm das Land Bremen im Ranking mit den anderen 15 Bundesländern mit der höchsten Quote den letzten Platz ein.<sup>28</sup>

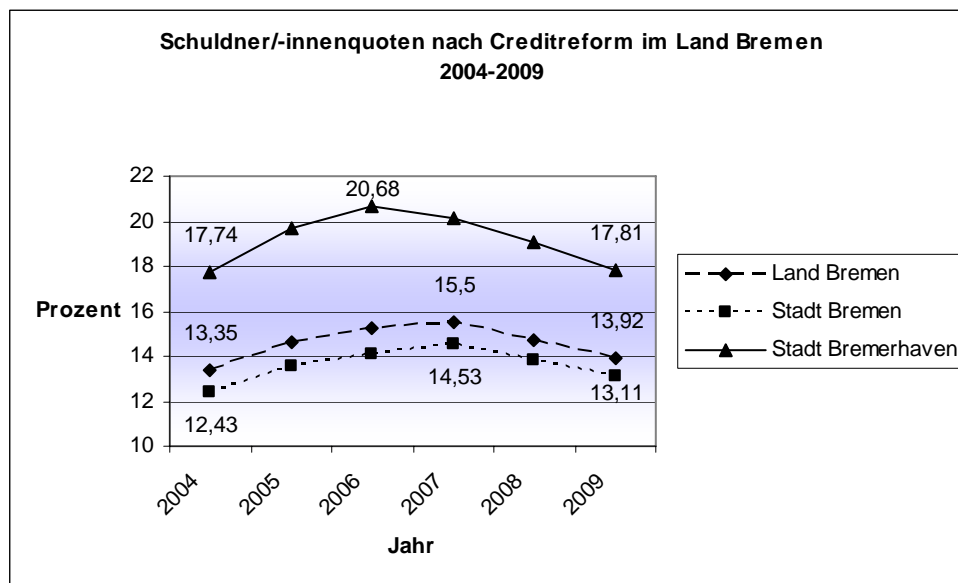
---

<sup>26</sup> SAFGJS (2009): Lebenslagen im Land Bremen. Armuts- und Reichtumsbericht des Senats der Freien Hansestadt Bremen –2009-, S. 74.; Statistisches Landesamt Bremen (2009): Statistische Berichte. Empfänger und Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz im Lande Bremen im Jahre 2008, S. 12. Stand: 10. Juni 2010, [[http://www.statistik.bremen.de/sixcms/media.php/13/K110\\_2008\\_Asylbewerber.pdf](http://www.statistik.bremen.de/sixcms/media.php/13/K110_2008_Asylbewerber.pdf)].

<sup>27</sup> Das Unternehmen Creditreform bezieht alle Schuldner/-innen mit mindestens einem so genannten Negativmerkmal in ihre Quoten, also den Anteil der Schuldner/-innen an der Bevölkerung, ein.

<sup>28</sup> SAFGJS (2009): Lebenslagen im Land Bremen. Armuts- und Reichtumsbericht des Senats der Freien Hansestadt Bremen –2009-, S. 58; Creditreform (2009): Schuldner Atlas Deutschland. Jahr 2009, S. 7-12. Stand: 11. Juni 2010, [[http://www.creditreform.de/Deutsch/Creditreform/Presse/Archiv/SchuldnerAtlas\\_Deutschland/2009/Analyse\\_SchuldnerAtlas\\_Deutschland\\_2009.pdf](http://www.creditreform.de/Deutsch/Creditreform/Presse/Archiv/SchuldnerAtlas_Deutschland/2009/Analyse_SchuldnerAtlas_Deutschland_2009.pdf)].

Abbildung 13: Schuldner/-innenquoten nach Creditreform im Land Bremen 2004-2009



Quelle: SAFGJS (2009): Lebenslagen im Land Bremen. Armuts- und Reichtumsbericht des Senats der Freien Hansestadt Bremen –2009-, S. 58; Creditreform (2009): Schuldner Atlas Deutschland. Jahr 2009, S. 7-12 – eigene Darstellung

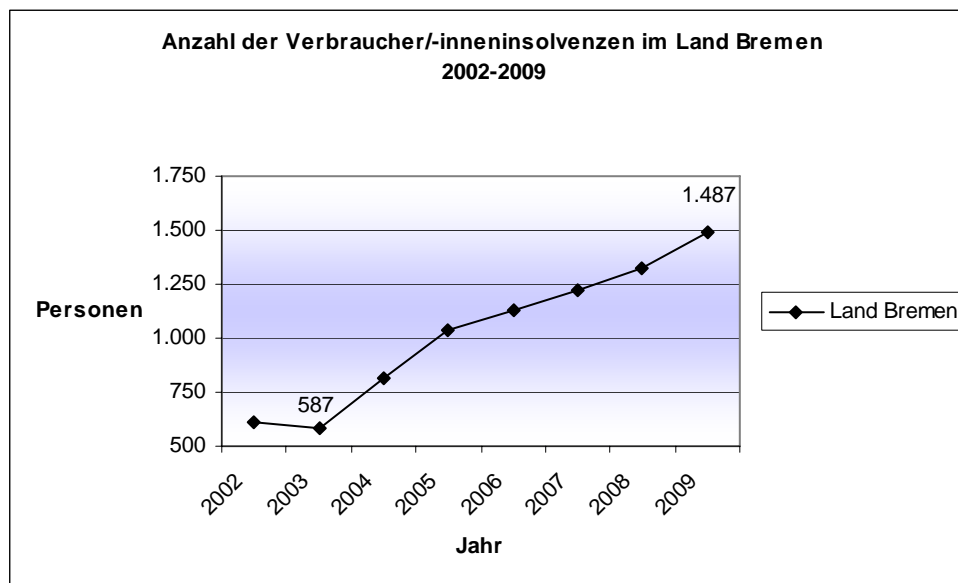
Für verschuldete Personen besteht die Möglichkeit, eine Verbraucher/-inneninsolvenz, die so genannte Privatinsolvenz, zu beantragen. Die Anzahl von Privatinsolvenzen stieg im Land Bremen seit 2003 kontinuierlich an. Zählte die Statistik im Jahre 2003 noch 587 Personen, so nahm die Zahl der Neufälle bis 2009 auf 1.487 Bremer/-innen zu (Stadt Bremen 1.350, Stadt Bremerhaven 137). Das entspricht einer Steigerung von ca. 253 Prozent, also über das 2,5-fache. Die folgende Graphik zeigt den kontinuierlichen Anstieg.<sup>29 30</sup> Der Anstieg kann auf die zunehmende Überschuldung, aber auch auf die wachsende Bekanntheit des Instruments hinweisen.

<sup>29</sup> Tatsächlich weisen die Jahresdaten jedoch für 2006 einen „Ausreißer“ auf. Der Jahreswert betrug 2.051 und lag damit nahezu um 100 Prozent über der Vorjahresangabe. In 2007 sanken die Fallzahlen jedoch bereits wieder auf das zu erwartende Niveau ab. Der hohe Wert erklärt sich durch einen Bearbeitungsrückstand bei den Gerichten. Die graphische Darstellung verwendet daher den Mittelwert der Jahre 2005 und 2007, um die tatsächliche Entwicklung darzustellen.

<sup>30</sup> Statistisches Landesamt (2010)



Abbildung 14: Anzahl der Verbraucher/-inneninsolvenzen im Land Bremen 2002-2009



Quelle: Statistisches Landesamt (2010) eigene Darstellung

#### 4.7 Armutsgefährdungsquote

Im Jahr 2008 war jeder fünfte im Bundesland Bremen lebende Mensch armutsgefährdet (22,2%). Nach einem Rückgang zwischen 2005 (22,3%) und 2007 (19,1%) stieg das Armutsrisiko im Jahre 2008 deutlich an. In der Stadt Bremen lag die Quote mit 22 Prozent etwas unter dem Wert des Landes Bremen.<sup>31</sup> Damit nahmen sowohl das Land Bremen im Ranking der sechzehn Bundesländer, als auch die Stadt Bremen in der Rangfolge der 16 deutschen Großstädte mit mehr als 500.000 Einwohnern/-innen einen der letzten Plätze ein. Hier wiesen nur Mecklenburg-Vorpommern (24%) in der Länderstatistik bzw. Hannover (22,2%) und Leipzig (27%) in der Städtestatistik höhere Werte auf. Der deutsche Durchschnittswert betrug 14,4 Prozent, 13,1 Prozent im früheren Bundesgebiet ohne Berlin und 19,5 Prozent in den neuen Bundesländern einschließlich der Hauptstadt.

Für das Land Bremen lassen sich die Aussagen für Altersgruppen, Geschlechter, Haushaltstypen und die Gruppe der Migranten/-innen differenzieren. Die unter 18-Jährigen wiesen im Jahre 2008 eine Armutsgefährdungsquote von 32,7 Prozent und die 18-24-Jährigen einen Anteil von 35,6 Prozent auf. Für Bremer/-innen über 25 Jahre bestand eine geringere Armutsgefährdung. In keiner Altersgruppe existierten wesentliche Unterschiede zwischen dem Armutsrisiko von Männern und Frauen. Bei den Haushaltstypen fällt auf, dass die Gefährdungsquoten für Einpersonenhaushalte (28,8%), Alleinerziehende (49,8%) und Familien mit

<sup>31</sup> Vgl. hierzu SAFGJS (2009): Lebenslagen im Land Bremen. Armuts- und Reichtumsbericht des Senats der Freien Hansestadt Bremen –2009-, S. 50

beiden Eltern und drei oder mehr Kindern (39,1%) über dem Durchschnitt im Bundesland Bremen (22,2%) lagen.<sup>32</sup> Auch für Bremer/-innen mit Migrationshintergrund bestand ein höheres Armutsrisiko (43%). Die Quote lag für Migranten/-innen deutlich über dem Wert für Menschen ohne Migrationshintergrund (14,5%).<sup>33</sup>

---

<sup>32</sup> Vgl. hierzu 3.4 und 3.5

<sup>33</sup> Statistisches Bundesamt (2010): Armutsgefährdung in deutschen Großstädten überdurchschnittlich. Stand: 1.7.2010, [C:\Temporary Internet Files\OLK2E\Statistisches Bundesamt Deutschland - Armutsgefährdung in deutschen Großstädten überdurchschnittlich.htm]; Statistisches Bundesamt (2010): Amtliche Sozialberichterstattung. Stand 1.7.2010, [<http://www.amtliche-sozialberichterstattung.de/>]

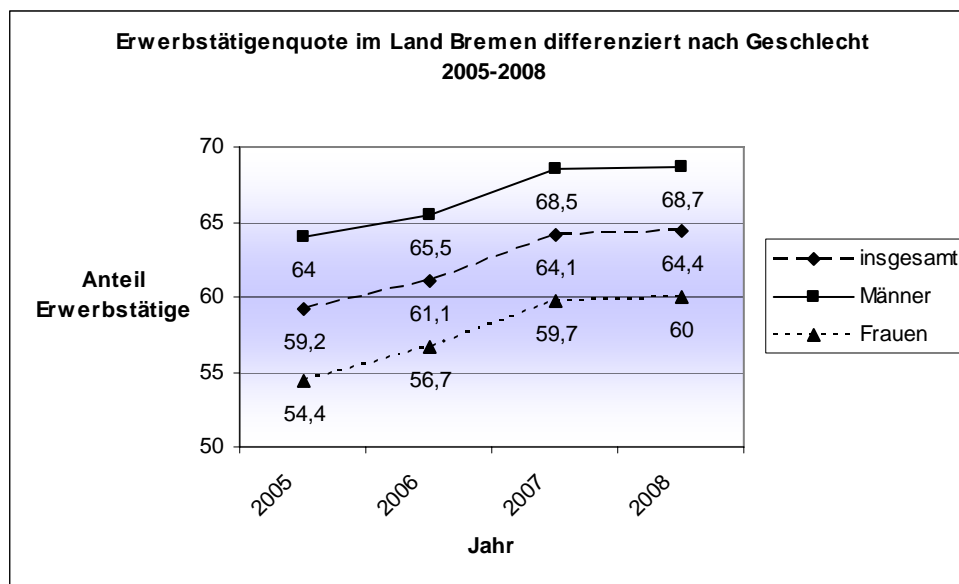
Die dargestellten Ergebnisse beruhen auf dem Mikrozensus. Die Armutsgefährdungsquote gibt den Anteil der Haushalte in einer Gebietseinheit (Bundesland oder Stadt) an, die weniger als 60 Prozent des mittleren Einkommens (Median) in Deutschland erreichen.

Vgl. hierzu 3.3

## 5. Erwerbstätigkeit

Die Erwerbstätigenquote stellt den Anteil Erwerbstätiger an der Bevölkerung im Alter von 15 bis unter 65 Jahren dar. Im Zeitraum von 2005 bis 2007 stieg die Quote im Bundesland Bremen um 4,9 Prozentpunkte und damit auf einen Anteil von 64,1 Prozent an. Von 2007 auf 2008 nahm die Erwerbstätigenquote hingegen nur noch um 0,3 Punkte auf 64,4 Prozent zu. Das Bundesland Bremen lag damit im Jahre 2008 signifikant unter dem Bundesdurchschnitt von 70,7 Prozent. Die Frauenerwerbstätigenquote blieb mit 60 Prozent weiterhin hinter dem Anteil der männlichen Erwerbstätigen von 68,7 Prozent zurück. Auch für die Frauenerwerbstätigkeit lag der Bremer Wert signifikant unter dem deutschen Durchschnittswert von 65,4 Prozent.<sup>34 35</sup>

Abbildung 15: Erwerbstätigenquote im Land Bremen differenziert nach Geschlecht 2005-2008



Quelle: Statistisches Landesamt Bremen (2009): Statistische Berichte. Bevölkerung, Haushalte und Erwerbstätige im Lande Bremen 2008 – eigene Darstellung

### 5.1 Sozialversicherungspflichtige Beschäftigung

Die Anzahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten mit Wohnsitz im Bundesland Bremen ging im Zeitraum von 2001 bis 2005 zunächst um insgesamt 8,5 Prozent auf 188.679 Personen zurück. Seitdem nahmen die sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisse wieder zu. Zwischen 2005 und 2008 wies die Statistik über 12.000 neue Beschäfti-

<sup>34</sup> Statistisches Landesamt Bremen (2009): Statistische Berichte. Bevölkerung, Haushalte und Erwerbstätige im Lande Bremen 2008. Stand: 02. Juni 2010, [[http://www.statistik.bremen.de/sixcms/media.php/13/A15\\_7\\_AVI2\\_4\\_2008.pdf](http://www.statistik.bremen.de/sixcms/media.php/13/A15_7_AVI2_4_2008.pdf)].

<sup>35</sup> Statistisches Bundesamt (2010)

gungsverhältnisse aus. Insbesondere von 2007 zu 2008 fand eine deutliche Steigerung um 5.505 statt. Insgesamt gesehen lag aber der Wert für das Jahr 2008 mit 200.813 Beschäftigten um 2,6 Prozent unter dem Wert von 2001. Für die Städte Bremen und Bremerhaven zeigt sich ein unterschiedliches Bild. In der Stadt Bremen sank die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisse zwischen 2001 und 2008 um 1,9 Prozent. In der Stadt Bremerhaven fiel der Rückgang mit 6 Prozent dagegen höher aus.<sup>36</sup>

Abbildung 16: Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte im Land Bremen (Wohnort) 2001-2008

	<b>Land Bremen</b>		
	<b>Insgesamt</b>	<b>Männer</b>	<b>Frauen</b>
<b>2001</b>	206.121	113.423	92.698
<b>2002</b>	203.137	111.161	91.976
<b>2003</b>	198.084	107.267	90.817
<b>2004</b>	192.934	103.977	88.957
<b>2005</b>	188.679	100.916	87.763
<b>2006</b>	189.814	101.979	87.835
<b>2007</b>	195.308	105.710	89.598
<b>2008</b>	200.813	109.142	91.671
	<b>Stadt Bremen</b>		
	<b>Insgesamt</b>	<b>Männer</b>	<b>Frauen</b>
<b>2001</b>	171.679	94.269	77.410
<b>2002</b>	170.037	92.893	77.144
<b>2003</b>	166.294	89.927	76.367
<b>2004</b>	162.230	87.371	74.859
<b>2005</b>	158.683	84.690	73.993
<b>2006</b>	159.412	85.315	74.097
<b>2007</b>	164.018	88.294	75.724
<b>2008</b>	168.443	90.963	77.480
	<b>Stadt Bremerhaven</b>		
	<b>Insgesamt</b>	<b>Männer</b>	<b>Frauen</b>
<b>2001</b>	34.442	19.154	15.288
<b>2002</b>	33.100	18.268	14.832
<b>2003</b>	31.790	17.340	14.450
<b>2004</b>	30.704	16.606	14.098
<b>2005</b>	29.996	16.226	13.770
<b>2006</b>	30.402	16.664	13.738
<b>2007</b>	31.290	17.416	13.874
<b>2008</b>	32.370	18.179	14.191

Quelle: Statistisches Landesamt Bremen (2010) – eigene Darstellung

<sup>36</sup> Statistisches Landesamt Bremen (2010)

## 5.2 Atypische Beschäftigung

Die sozialversicherungspflichtige, unbefristete Vollzeitbeschäftigung gilt als das (typische) Normalarbeitsverhältnis. Daneben existieren andere, als „atypisch“ bezeichnete Beschäftigungsformen. Dazu gehören die Teilzeitarbeit, (ausschließlich) geringfügige Beschäftigung und die Zeitarbeit. Atypische Arbeitsverhältnisse bezeichnet man auch als „prekäre“ Beschäftigung. Das hängt damit zusammen, dass sie für die Arbeitnehmer/-innen oft nicht das gewünschte Einkommen und die Arbeitsplatzsicherheit bieten. Die Normalarbeitsverhältnisse gingen zwischen 2001 und 2008 insgesamt zurück. Dagegen nahmen die atypischen Arbeitsverhältnisse zu.<sup>37</sup>

Die Anzahl der Arbeitnehmer/-innen in Teilzeitbeschäftigung im Bundesland Bremen stieg zwischen 2000 und 2008 von 37.089 auf 44.192 an. Damit nahm der Anteil an allen sozialversicherungspflichtigen Arbeitsverhältnissen von 18,1 auf 22 Prozent zu. Frauen arbeiteten nach wie vor weitaus häufiger in Teilzeit als Männer. Ihr Anteil betrug im Land Bremen 79,1 Prozent.<sup>38</sup>

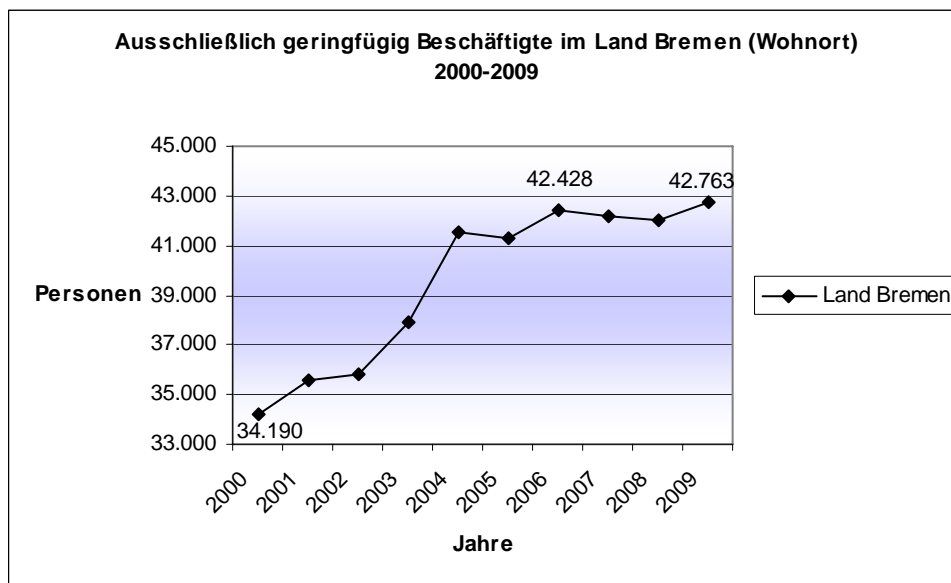
Auch die Zahl der ausschließlich geringfügig Beschäftigten erhöhte sich von 2000 bis 2009 von 34.190 auf 42.763. Das entspricht einem Anstieg von 25,1 Prozent. Die geringfügige Beschäftigung wird ebenfalls überdurchschnittlich von Frauen wahrgenommen. Deren Anteil betrug 2009 61,4 Prozent. Ihr Anteil an allen Beschäftigten erreichte demgegenüber nur insgesamt 45,7 Prozent.

---

<sup>37</sup> Keller, Berndt/ Seifert, Hartmut (2006): Atypische Beschäftigungsverhältnisse: Flexibilität, soziale Sicherheit und Prekarität. Stand: 16. Juni 2010, [[http://www.boeckler.de/pdf/wsimit\\_2006\\_05\\_Keller.pdf](http://www.boeckler.de/pdf/wsimit_2006_05_Keller.pdf)].

<sup>38</sup> Statistisches Landesamt Bremen (2010)

Abbildung 17: Ausschließlich geringfügig Beschäftigte im Land Bremen (Wohnort) 2000-2009



Quelle: Bundesagentur für Arbeit (2010) – eigene Darstellung

Die Steigerungsraten der atypischen Beschäftigung bilden sich am deutlichsten in der Zeitarbeit aus. Nach der Reform des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes 2004 erhöhte sich die Anzahl der Leiharbeiter/-innen im Bundesland Bremen von 2004 bis 2008 um ca. 150 Prozent auf 8.327. Diese Beschäftigungsverhältnisse gingen von 2008 auf 2009 wegen der Wirtschaftskrise auf 6.968 und damit deutlich um 16,3 Prozent zurück.<sup>39</sup>

Die selbstständige Tätigkeit gilt nicht als atypisch. Aber auch Selbstständige können von prekärer Arbeit betroffen sein. Das ist zum Beispiel dann der Fall, wenn die selbstständige Arbeit kein ausreichendes Einkommen und / oder das Einkommen keine soziale Sicherung ermöglicht. Die Anzahl der Selbstständigen veränderte sich zwischen 2000 und 2008 in geringem Maße. Nach einem Anstieg von 25.000 auf 30.000 zwischen 2000 und 2007 verringerte sich die Zahl der selbstständig Tätigen auf 27.700 im Jahr 2008.<sup>40 41</sup>

<sup>39</sup> Bundesagentur für Arbeit (2010)

<sup>40</sup> SAFGJS (2009): Lebenslagen im Land Bremen. Armuts- und Reichtumsbericht des Senats der Freien Hansestadt Bremen –2009-, S. 79; Statistisches Landesamt Bremen (2009): Statistisches Jahrbuch 2009, S. 66

<sup>41</sup> Keller, Berndt/ Seifert, Hartmut (2006): Atypische Beschäftigungsverhältnisse: Flexibilität, soziale Sicherheit und Prekarität

### 5.3 Kurzarbeit

Ein weiteres Beschäftigungssegment ist die Kurzarbeit. Als Kurzarbeiter/-innen bezeichnet man alle Beschäftigten, die Kurzarbeitergeld erhalten. Beim Kurzarbeitergeld handelt es sich um eine Leistung der Bundesagentur für Arbeit, die einen vorübergehenden Arbeitsausfall kompensiert. Die Voraussetzung zur Zahlung der Leistung besteht in der ökonomischen Notwendigkeit, betriebliche Arbeitskapazität -vorübergehend- abzubauen. Das Ziel des Kurzarbeitergeldes besteht darin, Arbeitsplätze zu erhalten und Arbeitslosigkeit zu vermeiden. Dabei unterscheidet man saisonale und konjunkturelle Kurzarbeit. Die Bundesagentur für Arbeit setzt das konjunkturelle Kurzarbeitergeld derzeit ein, um den Abbau von Beschäftigungsverhältnissen in der Wirtschaftskrise zu verhindern. Dabei teilen sich Arbeitnehmer/-innen das verbliebene Arbeitsvolumen, so dass diese weniger arbeiten und verdienen. Diese Regelung verhindert, dass einige Personen ganz arbeitslos werden, während andere voll weiterarbeiten.

Seit dem Jahr 2008 steigen die Fälle von Kurzarbeit auch im Bundesland Bremen an. Im Dezember 2008 zählte die Statistik 1.983 Kurzarbeiter/-innen. Innerhalb des Jahres 2009 nahm die Anzahl der betroffenen Arbeitnehmer/-innen extrem zu. Die Anzahl betrug 2009 16.206 Personen, dies entspricht einer Steigerung um 650,7 Prozent.<sup>42</sup>

Abbildung 18: Anzahl der Kurzarbeiter/-innen im Land Bremen (konjunkturell bedingtes Kurzarbeitergeld) 2007-2009

	Land Bremen	Bremen	Bremerhaven
2007	33	14	19
2008	1.983	1.959	24
2009	16.206	15.078	1.128

Quelle: SAFGJS (2010)

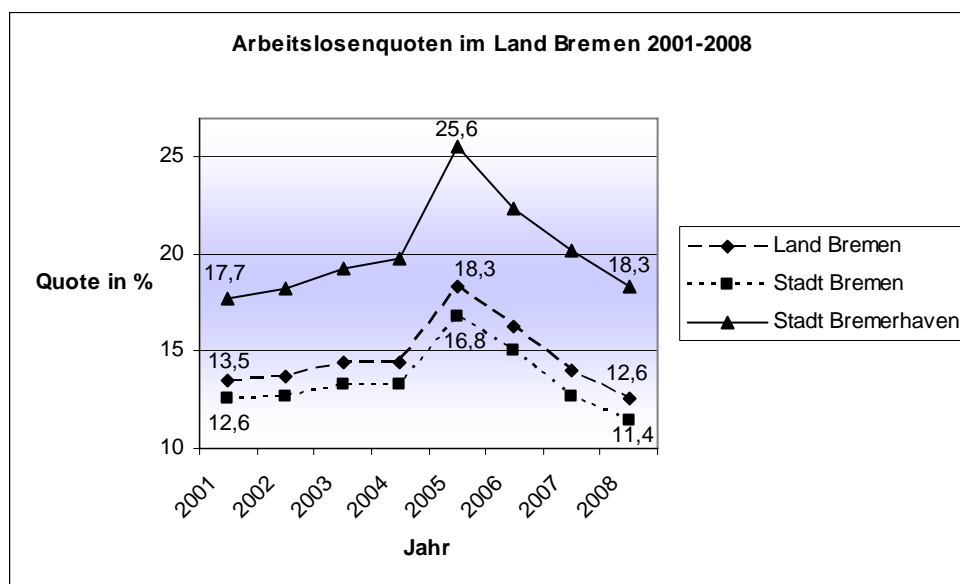
### 5.4 Arbeitslosigkeit

Im Zeitverlauf stieg der Anteil der Arbeitslosen zwischen 2001 und 2004 an. Die deutliche Erhöhung der Quoten im Jahre 2005 erklärt sich mit der Einführung des Arbeitslosengeldes II im selben Jahr. Die Statistik berücksichtigt seitdem alle erwerbsfähigen Arbeitslosen. Ab 2006 sanken die Arbeitslosenquoten bis 2008 deutlich ab. Die Arbeitslosenquoten betragen 2008 im Durchschnitt 12,6 Prozent im Bundesland Bremen, 11,4 Prozent in der Stadt Bremen und 18,3 Prozent in Bremerhaven. In absoluten Zahlen ausgedrückt waren damit

<sup>42</sup> Bundesagentur für Arbeit (2010)

36.837 Personen im Land Bremen arbeitslos gemeldet. Die Arbeitslosenquote lag erheblich über dem deutschen Durchschnittswert von 8,7 Prozent. Im Vergleich mit den Stadtstaaten nahm Bremen zwischen Hamburg mit einer Arbeitslosenquote von 9,4 und Berlin mit 16,1 Prozent im Jahr 2008 die mittlere Position ein.<sup>43 44</sup>

Abbildung 19: Arbeitslosenquoten im Land Bremen 2001-2008



Quelle: Statistisches Landesamt Bremen (2010) – eigene Darstellung

Die Daten der Bundesagentur für Arbeit weisen für das Jahr 2009 einen Anstieg der Arbeitslosenquote im Bundesland Bremen auf 13,1 Prozent aus.<sup>45</sup> Angesichts der andauernden Wirtschaftskrise fällt die Steigerung um 0,5 Prozentpunkte im Vergleich zum Vorjahreswert moderat aus. Insbesondere die beschlossene Verlängerung des Kurzarbeitergeldes scheint derzeit auch in Bremen Arbeitsplätze zu stabilisieren und einen deutlicheren Anstieg der Arbeitslosenzahlen zu verhindern.<sup>46</sup>

Im Bundesland Bremen lag die Arbeitslosenquote für Männer mit 13 Prozent im Durchschnitt des Jahres 2008 etwas über dem Anteil erwerbsloser Frauen von 12,1 Prozent.<sup>47</sup> Junge Menschen unter 25 Jahren waren mit 9,7 Prozent unterdurchschnittlich häufig von Arbeitslosigkeit betroffen. Jedoch übertraf das Land Bremen damit den Bundesschnitt von 7,2 Pro-

<sup>43</sup> Statistisches Landesamt Bremen (2010)

<sup>44</sup> Bundesagentur für Arbeit (2010)

<sup>45</sup> Da die Daten von der Bundesagentur stammen, die in der Abbildung verwendeten Daten aber vom Statistischen Landesamt, können die Werte für 2009 nicht in der Abbildung dargestellt werden.

<sup>46</sup> Bundesagentur für Arbeit (2010), vgl. hierzu 5.3

<sup>47</sup> Statistisches Landesamt Bremen (2010)



zent um 2,5 Punkte. Dagegen waren mit 22,7 Prozent weniger über 50-Jährige als erwerbslos gemeldet (Bund 26,3 Prozent). Die Arbeitslosenquote unter Ausländern/-innen betrug 2008 25,7 Prozent<sup>48</sup> und lag damit signifikant über dem bundesweiten Durchschnittswert von 18,1 Prozent.<sup>49</sup>

Der Anteil der Langzeitarbeitslosen erreichte 2008 im Bundesland Bremen 44,5 Prozent und stieg damit im Vergleich zu 43,7 Prozent im Jahre 2006 um 0,8 Prozentpunkte an.<sup>50 51</sup>

---

<sup>48</sup> Die Statistik weist Ausländer/-innen, jedoch keine Daten für Migranten/-innen aus.

<sup>49</sup> Bundesagentur für Arbeit (2010): Arbeitsmarkt in Jahreszahlen. Arbeitslosigkeit im Zeitverlauf. Stand: 03. Juni 2010, [[http://www.pub.arbeitsamt.de/hst/services/statistik/aktuell/iiia4/laender\\_heftd.xls](http://www.pub.arbeitsamt.de/hst/services/statistik/aktuell/iiia4/laender_heftd.xls)].

<sup>50</sup> Statistisches Landesamt Bremen (2010), vgl. hierzu die Entwicklung des SGB II

<sup>51</sup> Der Datenreport verwendet die Arbeitslosenquoten bezogen auf die abhängigen zivilen Erwerbspersonen. Ab 2009 erfolgt die Umstellung auf die Quoten bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen inklusive Selbstständigen und mithelfenden Familienangehörigen.

## 6. Frühkindliche Bildung und Schulbildung

Der Datenreport beschränkt sich im Folgenden auf die Bereiche Kinderbetreuung und Schulbildung, weil die Darstellung hierfür auf aktuelle Daten zurückgreifen konnte.

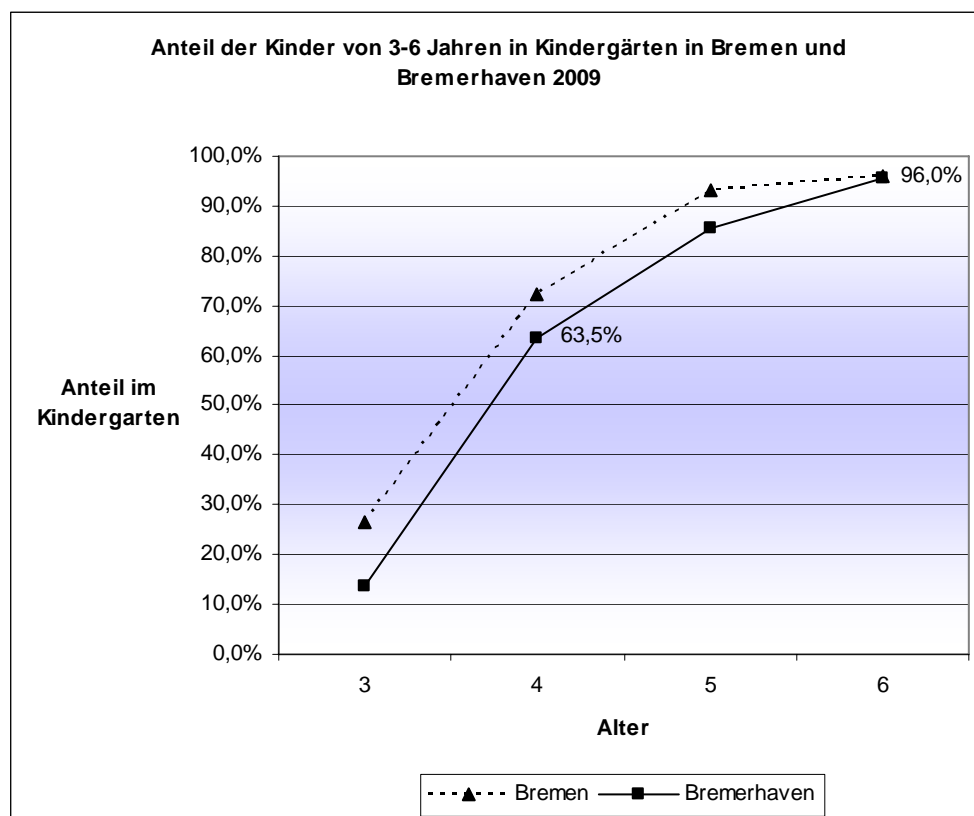
### 6.1 Kinderbetreuung

Kinder im Vorschulalter werden – je älter sie sind – zu einem immer größeren Anteil betreut.

Am 31. Mai 2010 nahmen im Bundesland Bremen 3.119 unter 3-Jährige an der Kindertagesbetreuung teil. Das entspricht einer Betreuungsquote von 19,12 Prozent.<sup>52</sup>

In Bremerhaven ist die Betreuungsquote in fast jedem Lebensjahr etwas niedriger als in Bremen Stadt. Bei 6-Jährigen erreichen die Betreuungsquoten in Bremen Stadt sowie in Bremerhaven mit ca. 96 Prozent fast die 100%-Grenze. Die Quoten sind seit 2007 konstant.<sup>53</sup>

Abbildung 20: Betreuungsquoten in den Kindertagesstätten für Bremen und Bremerhaven 2009



Quelle: SAFGJS, eigene Erhebung 2010

<sup>52</sup> SAFGJS (2010)

<sup>53</sup> Weitere differenzierte Angaben zur Kinderbetreuung finden sich bei SAFGJS (2009): Lebenslagen im Land Bremen. Armuts- und Reichtumsbericht des Senats der Freien Hansestadt Bremen, S. 197ff

## 6.2 Schulabschlüsse

Die Relation der Schulabschlüsse zueinander im Land Bremen lag in den vergangenen Jahren relativ konstant. Das Abitur erlangen etwas über 30 Prozent der Schüler/innen eines Abschlussjahrganges. Mit dem Mittleren Schulabschluss (früher: Realschulabschluss) verlassen etwas über 40 Prozent die Schule und knapp unter 20 Prozent erreichen die einfache oder erweiterte Berufsbildungsreife (früher: Hauptschulabschluss). Im Jahr 2008 teilten sich die Absolventen/-innen wie folgt auf: 33 Prozent der Schüler/-innen erhielten das Abitur, 42 Prozent erlangten einen mittleren Schulabschluss und 18 Prozent die Berufsbildungsreife, sieben Prozent verließen die Schule ohne einen Abschluss. Dabei zeigten sich Unterschiede zwischen den Geschlechtern. Die Mädchen und jungen Frauen erreichten zu einem höheren Anteil das Abitur (37 %), während nur 15 Prozent von ihnen mit der Berufsbildungsreife abgingen. Auch bei den Jugendlichen ohne Schulabschluss wiesen die Abgängerinnen mit sechs Prozent einen niedrigeren Anteil auf.

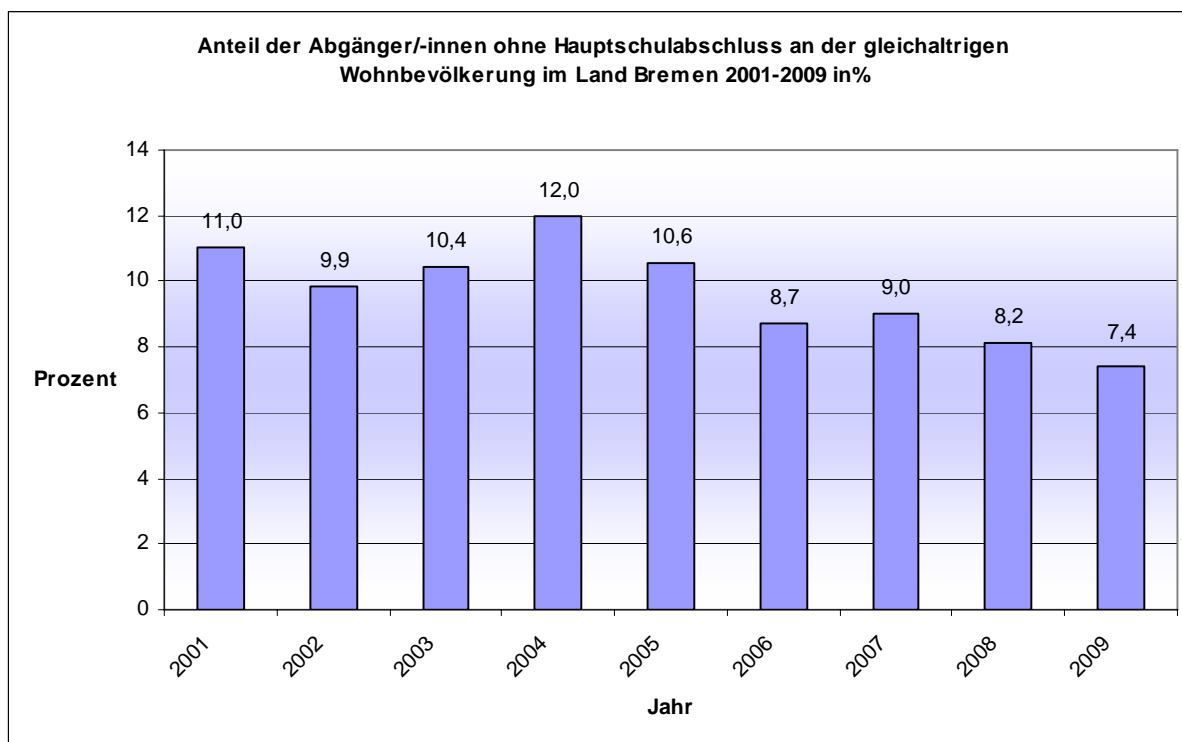
Eine sozial- und bildungspolitisch wichtige Kennzahl ist der Anteil derjenigen, die die Schule ohne einen Abschluss verlassen, da Menschen ohne Schulabschluss ein erhöhtes Armutsrisiko haben. Ihr Anteil an der gleichaltrigen Wohnbevölkerung ist von 2001 bis 2009 deutlich zurückgegangen und soll in den kommenden Jahren weiter sinken.<sup>54</sup>

Die Werte von Schulabgängern/-innen ohne Schulabschluss an der gleichaltrigen Wohnbevölkerung unterscheiden sich zwischen ausländischen und deutschen Schülern/-innen erheblich. Im Jahre 2009 verließen 12,8 Prozent der ausländischen Schüler/-innen die Schule ohne Abschluss, demgegenüber waren es 6,5 Prozent der deutschen Schüler/-innen.

---

<sup>54</sup> Vgl. SAFGJS (2009): Lebenslagen im Land Bremen. Armuts- und Reichtumsbericht des Senats der Freien Hansestadt Bremen, S. 107

Abbildung 21: Anteil der Schulabgänger/-innen ohne Hauptschulabschluss (in Bremen Berufsbildungsreife) im Land Bremen 2001-2009



Quelle: Statistische Veröffentlichungen der Kultusministerkonferenz Dokumentation 188/ Senatorin für Bildung und Wissenschaft

Die gegenläufige Entwicklung kann beim Abitur beobachtet werden. Hier betrug der Anteil an der gleichaltrigen deutschen Wohnbevölkerung 37,4 Prozent gegenüber 11,8% an der ausländischen gleichaltrigen Wohnbevölkerung. Die Bildungschancen deutscher und ausländischer Kinder gehen also deutlich auseinander.

Innerhalb der Schulen des Landes Bremen wurden 38,7 Prozent der Schüler/-innen mit sonderpädagogischem Förderbedarf 2009 integriert beschult. Während die Quote in der Stadt Bremen bei 42,3 Prozent lag, betreute Bremerhaven nur 24,3 Prozent der Schüler/-innen mit einem solchen Bedarf in Integrationsklassen.<sup>55</sup>

<sup>55</sup> Senatorin für Bildung und Wissenschaft (2010)

## 7. Wohnen

Die Wohnung ist von zentraler Bedeutung im Leben jeder und jedes Einzelnen. Die Wohnqualität hat einen Einfluss auf die Lebensqualität. Zudem ist sie eine wesentliche Voraussetzung für die Teilhabe am Erwerbsleben. Wie sich die Anzahl der Haushalte in Relation zu den in Bremen zur Verfügung stehenden Wohnungen entwickelt, wird im Bericht „Lebenslagen im Land Bremen“ aufgezeigt.<sup>56</sup>

### 7.1 Kosten der Unterkunft (KdU)

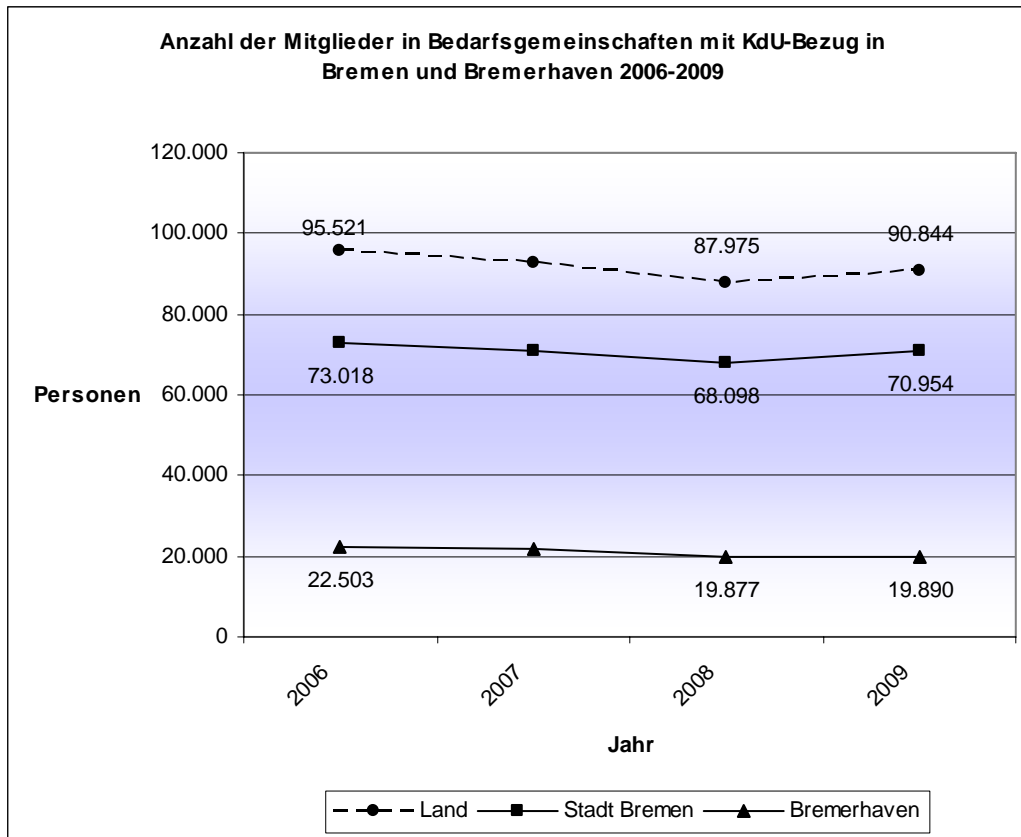
Die Empfängerinnen und Empfänger von Leistungen nach dem SGB II erhalten gemäß § 22 SGB II zusätzlich die Kosten der Unterkunft und Heizung (KdU). Ende 2008 wurden laut Statistik der Bundesagentur für Arbeit zur Wohn- und Kostensituation von SGB II-Empfänger/-innen durchschnittlich 6,99 €/m<sup>2</sup> als Kosten der Unterkunft inkl. Neben- und Heizkosten in Bremen und 6,32€/m<sup>2</sup> in Bremerhaven anerkannt.<sup>57</sup> In der Stadt Bremen haben im Dezember 2009 ca. 38.000 Bedarfsgemeinschaften diese Leistung erhalten. In den Gemeinschaften lebten ca. 71.000 Personen. In Bremerhaven waren es ca. 10.500 Bedarfsgemeinschaften, mit etwa 20.000 Menschen. Die folgende Tabelle zeigt, dass die Anzahl der Menschen in Haushalten mit KdU-Bezug nach einem leichten Rückgang im vergangenen Jahr in der Stadt Bremen wieder angestiegen ist. In Bremerhaven bleibt die Gruppe etwa auf gleichem Niveau.

---

<sup>56</sup> Vgl. SAFGJS (2009): Lebenslagen im Land Bremen. Armuts- und Reichtumsbericht des Senats der Freien Hansestadt Bremen –2009-, S. 122ff

<sup>57</sup> Bezogen auf alle Bedarfsgemeinschaften, für die Quadratmeterangaben vorlagen.

Abbildung 22: Anzahl der Mitglieder in Bedarfsgemeinschaften mit KdU-Bezug in Bremen und Bremerhaven 2006-2009

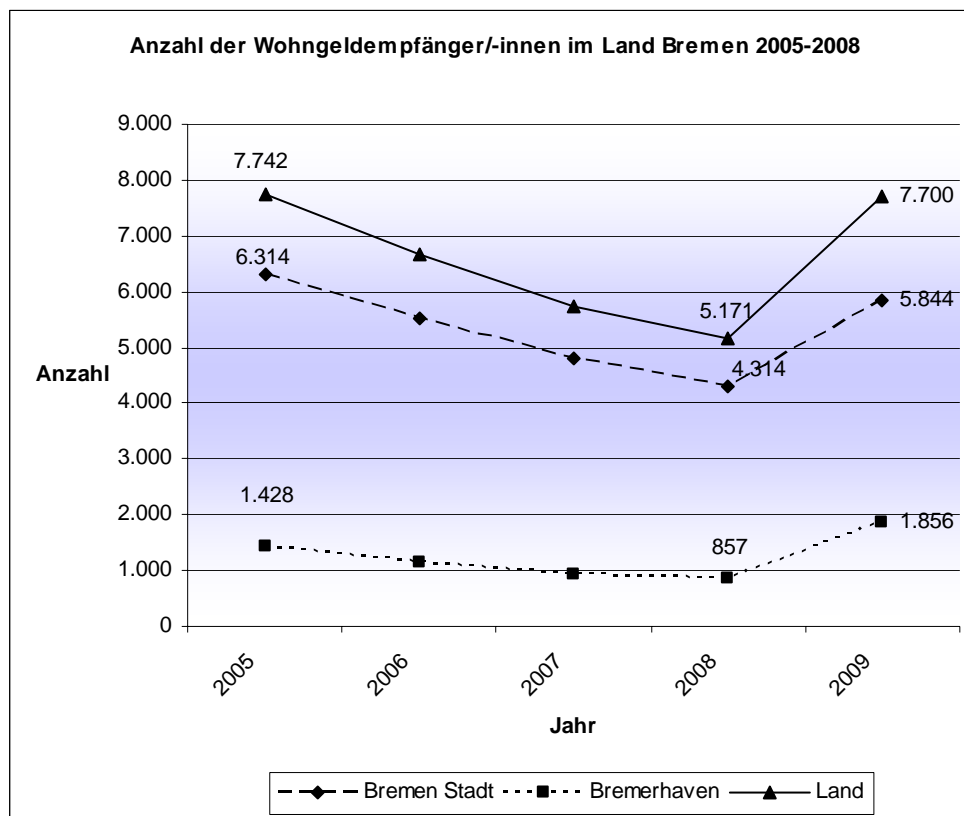


Quelle: BA, Statistik der Grundsicherung für Arbeitsuchende nach dem SGB II, Report für Kreise und kreisfreie Städte, Stadt Bremen und Stadt Bremerhaven, Tabelle 3.2, Landeszahlen: eigene Berechnung

## 7.2 Wohngeld

Erwerbstätige, Selbständige, Empfängerinnen und Empfänger von Arbeitslosengeld I, Rentnerinnen und Rentner sowie sonstige Personen mit geringem Einkommen können Wohngeld in Form eines Mietzuschusses für Mieter oder eines Lastenzuschusses für Haus- und Wohnungseigentümer zur wirtschaftlichen Sicherung angemessenen und familiengerechten Wohnens erhalten. Empfänger/-innen von Transferleistungen sind grundsätzlich seit dem 01.01.2005 vom Wohngeld ausgeschlossen. Seit 2005 ist daher die Anzahl der Wohngeldempfänger/-innen sowohl in Bremen als auch in Bremerhaven zurückgegangen. Mit der zum 1. Januar 2009 beschlossenen Wohngeldreform sind die Wohngeldleistungen wesentlich verbessert worden. Die Anzahl der Wohngeldempfänger ist in Bremen und Bremerhaven aufgrund dieser Reform im Laufe des Jahres 2009 von 5171 auf 7700 kontinuierlich gestiegen. Dieser Trend setzt sich auch in 2010 weiter fort. Im Juli 2010 haben 8685 Haushalte Wohngeld bezogen.

Abbildung 23: Anzahl der Wohngeldempfänger/-innen im Land Bremen 2005-2009



Quelle: Statistisches Landesamt (2010); SUBVE (2010) – eigene Darstellung

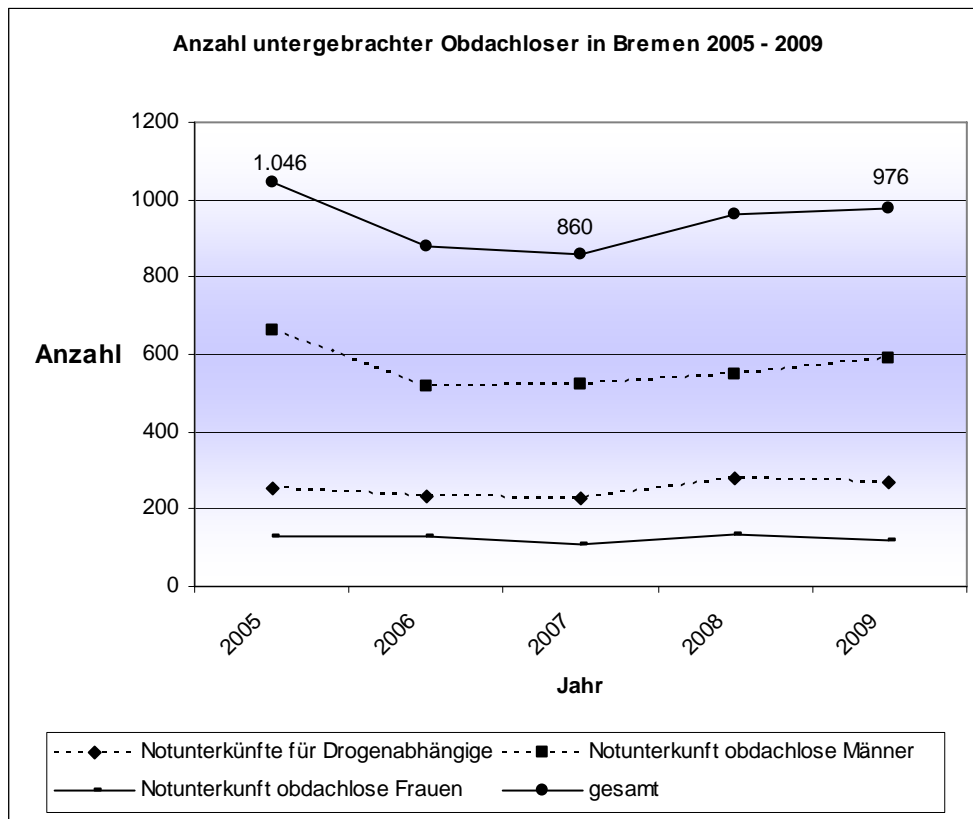
### 7.3 Wohnungslosigkeit

Die Gründe für Wohnungslosigkeit und Obdachlosigkeit können vielfältig sein. Für die Betroffenen bedeutet Obdachlosigkeit eine Einschränkung und Gefährdung in vielen Lebensbereichen.

Als erste Anlaufstelle gibt es in Bremen die Einrichtungen der Wohnungsnotfallhilfe, in denen Obdachlose einen Schlafplatz (Akutversorgung) und weitere Unterstützung bekommen können.

Die folgende Grafik zeigt, dass die Zahl der akut Obdachlosen, die in Bremen in Notunterkünften untergebracht werden, seit 2005 relativ konstant bei ca. 1000 pro Jahr liegt. Die Dunkelziffer der amtlich nicht bekannten Obdachlosen wird vom Träger der Obdachlosenhilfe auf zusätzliche 120 – 180 Personen geschätzt.

Abbildung 24: Anzahl untergebrachter Obdachloser in der Stadt Bremen 2005-2009

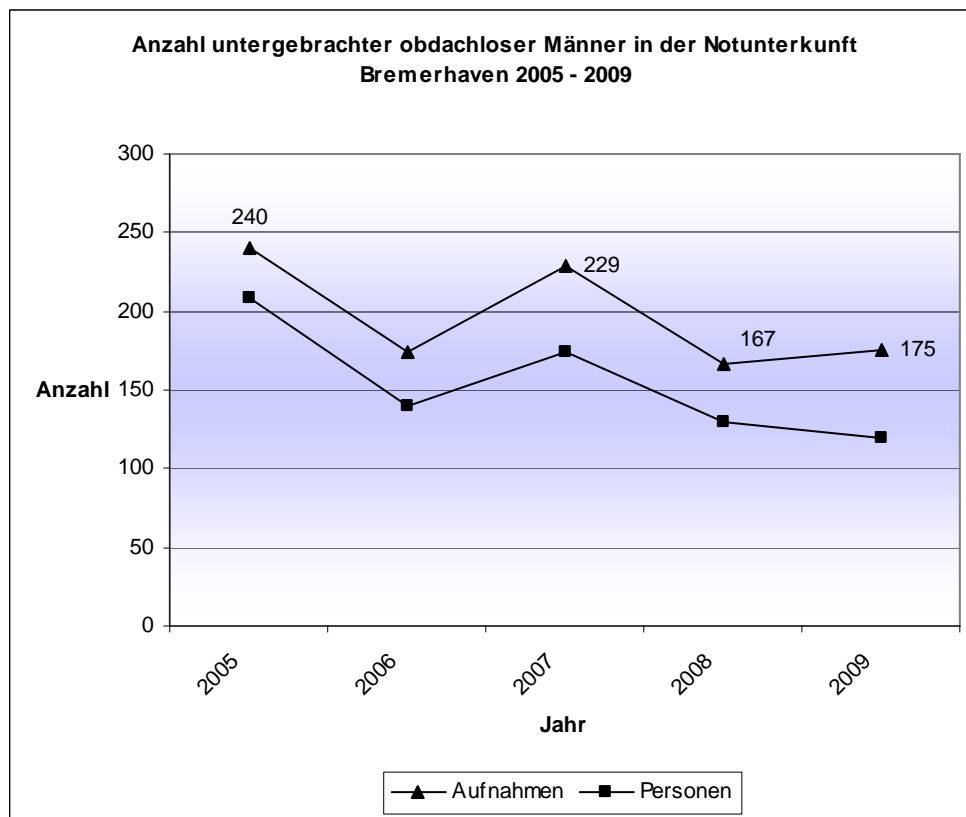


Quelle: SAFGJS, eigene Erhebung

In Bremerhaven besteht ebenfalls eine Notunterkunft für alleinstehende Männer. Dort gehen die Zahlen der untergebrachten Obdachlosen langsam zurück, wie die folgende Darstellung zeigt:



Abbildung 25: Anzahl untergebrachter obdachloser Männer in der Notunterkunft Bremerhaven 2005-2009



Quelle: SAFGJS (2009), S. 275; GISBU (2008): Jahresbericht 2008, S. 8

Zur Betreuung von „Menschen mit besonderen sozialen Schwierigkeiten“ stehen in Bremen 246 ambulante Betreuungsplätze zur Verfügung. Dort wird individuelle sozialintegrative Unterstützung und lebenspraktische Begleitung angeboten. Die meisten Menschen (ca  $\frac{3}{4}$ ) in diesen Einrichtungen werden als erwerbsfähig eingeschätzt und erhalten daher Leistungen nach dem SGB II.

Darüber hinaus existiert ein Personenkreis, der stationär untergebracht ist. Diese Personen werden zum überwiegenden Teil nicht als erwerbsfähig eingestuft und erhalten entweder eine Rente oder Leistungen nach dem SGB XII (Sozialhilfe). In 2007 betraf das 169 Personen.

## 8. Gesundheit

Im Folgenden werden zwei Indikatoren herangezogen, die Auskunft über den Zusammenhang zwischen Gesundheit und sozialer Lage geben. Dazu zählen die Säuglingssterblichkeit und das Übergewicht von Kindern.

### 8.1 Säuglingssterblichkeit

Die Säuglingssterblichkeit liegt im Land Bremen im Durchschnitt der Jahre 2005 – 2008 bei 5,2 Todesfällen pro 1000 lebend Geborenen. Es gibt eine deutliche räumliche Ausdifferenzierung zwischen Bremen und Bremerhaven, die zeigt, dass die Zahl in Bremerhaven mit 8,8 fast doppelt so hoch ist wie in Bremen Stadt (4,5).<sup>58</sup> In der Stadt Bremen bestehen zudem Unterschiede zwischen den Ortsteilen. Der Durchschnitt in den benachteiligten Stadtteilen, wie sie nach den Sozialindikatoren von 2007 identifiziert wurden, erreicht einen höheren Wert als in den privilegierten Ortsteilen. Er liegt in den benachteiligten Gebieten mit 6,73 Todesfällen auf 1000 Geborene fast so hoch wie in Bremerhaven. In den privilegierten Ortsteilen liegt er bei 1,5 Todesfällen.<sup>59</sup>

### 8.2 Kindergesundheit

Übergewicht und Fettsucht sind weit verbreitete Zivilisationskrankheiten. Sie verursachen gravierende Folgekrankheiten wie Typ-II-Diabetes oder Herz-Kreislaufkrankungen. Kinder mit einer solchen Vorerkrankung tragen also ein erheblich höheres Risiko, an einer solchen Folgekrankheit zu erkranken. Die im Folgenden dargestellten Daten wurden bei der Schulinganguntersuchung in der Stadt Bremen über mehrere Jahre erhoben, sie erfassen alle Kinder eines Schuljahrganges. Es kann festgestellt werden, dass der langfristige Trend eher eine Stagnation zeigt. In den vergangenen Jahren waren im Land Bremen ca. 12 Prozent der Kinder bei der Untersuchung übergewichtig oder fettleibig. Damit liegt Bremen über dem gesamtdeutschen Wert von 9 Prozent.

---

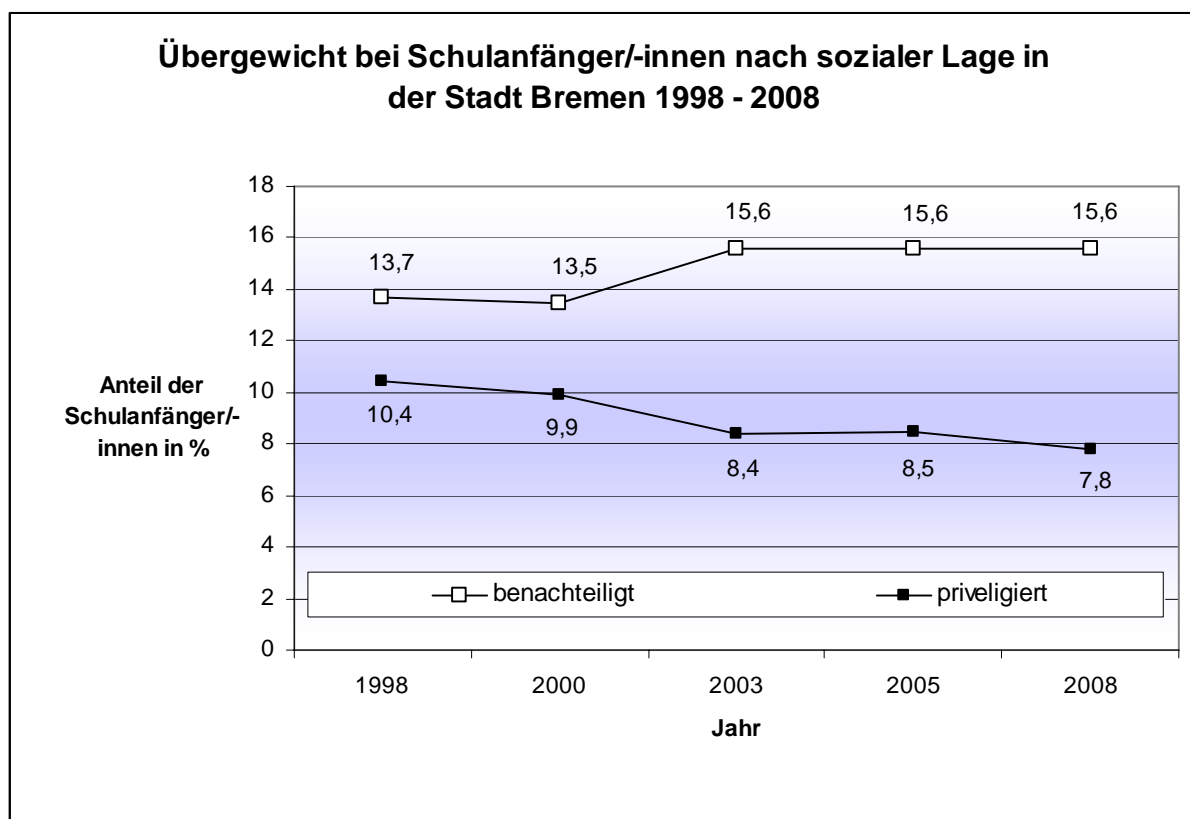
<sup>58</sup> Wegen der geringen Fallzahl wurde ein Mittelwert für die Jahre 2005 – 2008 gebildet, um statistische Effekte zu minimieren.

<sup>59</sup> Die Sozialindikatoren legen ein Ranking der Benachteiligung von Ortsteilen fest.

Die benachteiligten Ortsteile umfassen hier Tenever, Gröpelingen, Lindenhof, Neue Vahr Nord, Bahnhofsvorstadt, Neue Vahr Südwest, Lüssum Bockhorn, Sodenmatt, Neue Vahr Südost und Hemelingen. Die privilegierten Ortsteile umfassen Borgfeld, Habenhausen, Oberneuland, Grolland, Bürgerpark, Schwachhausen, Riensberg, Gete, St. Magnus und Radion Bremen.

Innerhalb Bremens bestehen folgende Auffälligkeiten: Besonders markant ist die Unterscheidung nach den Ortsteilen. Kinder aus benachteiligten Ortsteilen in Bremen Stadt sind etwa doppelt so häufig übergewichtig wie Kinder aus privilegierten Ortsteilen. Der Anteil der betroffenen Kinder aus den benachteiligten Ortsteilen stagniert, demgegenüber sinkt er in den privilegierten Ortsteilen. Es wird erwartet, dass sich dieser Trend fortsetzt.

Abbildung 26: Anteil übergewichtiger Schulanfänger/-innen nach sozialer Lage in der Stadt Bremen 1998-2008



Quelle: Gesundheitsamt (2010)

Die Betrachtung nach Kommunen zeigt für Bremerhaven im Jahr 2008 einen leicht höheren Anteil Übergewichtiger (13,1%) als in Bremen Stadt (11,7%).

## 9. Partizipation

### 9.1 Wahlbeteiligung

Viele Faktoren wie Einkommen, Bildung, Gesundheit oder die persönliche Sozialisation haben einen Einfluss darauf, ob eine Wahlteilnahme stattfindet.<sup>60</sup> Die Wahlbeteiligungen unterscheiden sich im Wesentlichen nach der von den Wählenden unterschiedlich eingeschätzten Bedeutung der Wahl und differieren nach dem Wohnort.

Nach Erscheinen des Berichtes „Lebenslagen im Land Bremen“ hat eine Bundestagswahl stattgefunden. Die Wahlbeteiligung bei dieser Wahl wird nachfolgend mit den Ergebnissen des Berichtes verglichen.

Im Land Bremen haben an der Bundestagswahl 2009 etwa 70 Prozent der Wahlberechtigten teilgenommen. Auch hier zeigt sich ein Unterschied zwischen Bremen und Bremerhaven. Während in Bremen Stadt die Wahlbeteiligung bei 71,4 Prozent lag, erreichte sie in Bremerhaven lediglich 65 Prozent. Damit hat Bremen Stadt bei dieser Wahl eine ähnlich hohe Wahlbeteiligung wie das gesamte Bundesgebiet sie im Durchschnitt aufweist. Der niedrigere Wert in Bremerhaven liegt statistisch gleichauf mit den neuen Bundesländern. Der Rückgang der Wahlbeteiligung ist ein bundesweites Phänomen und stellt keine bremenspezifische Besonderheit dar.

Im Bericht von 2009 werden die Ortsteile Tenever und Gröpelingen als diejenigen beschrieben, die kontinuierlich die geringste Wahlbeteiligung zeigen. Auf der anderen Seite sind Borgfeld und Oberneuland als die Ortsteile mit der höchsten Wahlbeteiligung zu nennen. Tatsächlich war Tenever auch bei der Bundestagswahl 2009 der Ortsteil mit der niedrigsten Wahlbeteiligung. Mit 52,7 Prozent war die Beteiligung so gering wie bei keiner Bundestagswahl seit 1990. Auch Gröpelingen erreichte mit 57,2 Prozent einen neuen Tiefststand. Zu den Ortsteilen mit den niedrigsten Werten zählte auch Ohlenhof (56%). Die folgende Tabelle zeigt ausgewählte Ortsteile der Stadt Bremen mit den niedrigsten bzw. den höchsten Wahlbeteiligungen.

---

<sup>60</sup> Vgl. SAFGJS (2009): Lebenslagen im Land Bremen. Armuts- und Reichtumsbericht des Senats der Freien Hansestadt Bremen –2009-, S. 164

Abbildung 27: Wahlbeteiligung in der Stadt Bremen – Ortsteile mit niedrigsten und höchsten Beteiligungsquoten 1990-2009

Wahltag	Stadt Bremen	Ortsteil 373 Tenever	Stadtteil 44 Gröpelingen	Ortsteil 351 Borgfeld	Ortsteil 361 Oberneuland
<b>Bundestagswahlen</b>					
<b>02.12.1990</b>	77,7 %	65,6 %	70,6 %	85,8 %	86,9 %
<b>16.10.1994</b>	79,3 %	67,7 %	71,8 %	88,2 %	88,2 %
<b>27.09.1998</b>	82,7 %	74,6 %	76,2 %	89,5 %	89,3 %
<b>22.09.2002</b>	79,6 %	67,4 %	70,9 %	88,6 %	88,1 %
<b>18.09.2005</b>	76,2 %	60,7 %	65,3 %	89,1 %	85,8 %
<b>27.09.2009</b>	71,4 %	52,7 %	57,2 %	87,6 %	83,0 %

Quelle: Statistisches Landesamt Bremen, eigene Berechnungen

Borgfeld erreichte mit 87,6 Prozent wie erwartet den besten Wert. Auch in Oberneuland war die Beteiligung mit 83 Prozent sehr hoch. Geringfügig darüber lag sie in anderen privilegierten Ortsteilen wie Barkhof, Habenhausen, Bürgerpark, Schwachhausen und Gete. Der Abstand zwischen dem schlechtesten und dem besten Ergebnis erreichte 34,9 Prozentpunkte.

Auch in der Stadt Bremerhaven variierte die Wahlbeteiligung zwischen den Ortsteilen. Die Ortsteile Speckenbüttel (85,5%) und Schiffdorferdamm (77,8%) wiesen bei der Bundestagswahl die höchste Beteiligung auf. Auf den letzten Rängen lagen hingegen Leherheide-West (50,8%) und Goethestraße. Im Ortsteil Goethestraße gaben lediglich 48,9 Prozent und damit weniger als die Hälfte der Wahlberechtigten ihre Stimme ab. Die Abweichung zwischen dem niedrigsten und dem höchsten Wert lag in Bremerhaven bei 35,6 Prozentpunkten (Stadt Bremen 34,9 Prozentpunkte). Einzelheiten zeigt die Tabelle

Abbildung 28: Wahlbeteiligung in der Stadt Bremerhaven

Wahltag	Stadt Bremerhaven	OT Speckenbüttel	OT Schiffdorferdamm	OT Leherheide-West	OT Goethestraße
<b>27.09.2009</b>	65%	85,5%	77,8%	50,8%	48,9%

Quelle: Statistisches Amt und Wahlamt Bremerhaven (2010)

Der Vergleich mit den Kennzahlen aus dem Themenbereich Einkommen (Durchschnittliches steuerpflichtiges Einkommen und SGB II-Bezug) zeigt, dass die Bürger/-innen in den Ortsteilen mit hoher Wahlbeteiligung vergleichsweise hohe Einkommen erzielen, demgegenüber leben in Ortsteilen mit geringer Wahlbeteiligung überwiegend Bewohner/-innen mit geringem Einkommen. Dieser Zusammenhang kann sowohl für Bremen als auch für Bremerhaven festgestellt werden.

## 9.2 Freiwilliges Engagement

Im Jahr 2009 sind die Daten für den dritten Freiwilligensurvey vom Institut TNS Infratest Sozialforschung in München erhoben worden. Erstmals wurden Informationen für das Bundesland Bremen ermittelt. Die Veröffentlichung fand im Februar 2010 statt und der Bericht des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend hierzu erscheint im Sommer 2010. Als Großstadt mit hohem Arbeitslosen- und Migranten/-innenanteil sowie schlechten Pisaergebnissen wäre für Bremen eine sehr niedrige Engagementquote von 20 bis 22 Prozent zu erwarten gewesen.<sup>61</sup> Tatsächlich jedoch liegt die Quote mit 30 Prozent nicht nur deutlich höher, sondern auch über den Quoten der anderen beiden Stadtstaaten Hamburg (29%) und Berlin (28%).

Für das Bundesgebiet zeigen die vorliegenden Ergebnisse des dritten Freiwilligensurveys, dass 71 Prozent der Bevölkerung ab 14 Jahren über ihre privaten und beruflichen Verpflichtungen hinaus in Gruppen, Vereinen oder Verbänden sowie Organisationen und öffentlichen Einrichtungen aktiv beteiligt sind. 36 Prozent haben darüber hinaus freiwillig und unentgeltlich (oder gegen eine geringe Aufwandsentschädigung) längerfristig Arbeiten, Aufgaben oder Funktionen übernommen – sie sind freiwillig engagiert. Das Engagement findet vor allem in Vereinen und Verbänden, in öffentlichen Einrichtungen und den Kirchen statt, aber auch in kleinen Gruppen, Projekten und Initiativen. Die intensive zivilgesellschaftliche Beteiligung in Deutschland ist eine stabile und nachhaltige Größe: Im Schnitt üben die Freiwilligen ihre Aufgaben bereits seit zehn Jahren aus. 90 Prozent der Engagierten sind mindestens einmal im Monat tätig, und immerhin 56 Prozent mindestens einmal pro Woche.

In den vergangenen zehn Jahren hat sich bundesweit vor allem das Engagementpotenzial erhöht, d.h. die grundsätzliche Bereitschaft der Bürgerinnen und Bürger, ein Engagement zu übernehmen, stieg von 26 Prozent (1999) auf 37 Prozent (2009) an.

Nach der Kurzfassung des Freiwilligensurveys 2010 sind Männer häufiger engagiert als Frauen. Es gibt aber Phasen, in denen die Engagementquote der Frauen höher liegt, das sind der sogenannte „Familiengipfel“ im Alter zwischen 35 und 54 Jahren und der „Ruhestandsgipfel“ im Alter von 65-69 Jahren. Im Durchschnitt sind Männer mit 40% jedoch deutlich häufiger engagiert als Frauen (32%). Während Frauen eher im sozialen Bereich aktiv sind, dominiert bei den Männern das Engagement im Verein.<sup>62</sup>

---

<sup>61</sup> Vgl. ARB, S. 174

<sup>62</sup> Vgl. BMFSFJ (2010): Monitor Engagement. Freiwilliges Engagement in Deutschland 1999 – 2004 – 2009. Im Internet: <http://www.bmfsfj.de/BMFSFJ/Service/Publikationen/publikationen,did=140472.html>

## **10. Stadt- und ortsteilbezogene Datenauswertung**

### **10.1 Zusammensetzung der Bevölkerung**

Informationen zur Bevölkerungsstruktur in den Ortsteilen (Altersgruppen, Migranten/-innen, Familienstatus, etc.) ermöglichen keine unmittelbaren Schlussfolgerungen zur räumlichen Verteilung von Armut und Reichtum. Erst zusätzliche Daten wie z.B. das Einkommen oder der SGB II-Bezug lassen Aussagen zur sozialen Lage in den Ortsteilen zu. Die Bevölkerungsdaten erlauben dann Überlegungen, ob bestimmte Personengruppen überproportional häufig in benachteiligten oder wohlhabenden Ortsteilen wohnen. In dem Fall kann man einen Zusammenhang zwischen dem demografischen Merkmal (z.B. Altersgruppe) und der sozialen Lage annehmen.

#### **Alterszusammensetzung**

Um die Alterszusammensetzung in den Ortsteilen zu beschreiben, können die Alten- und Jugendquotienten herangezogen werden. Der Altenquotient stellt das Verhältnis der 18-65-Jährigen zu den über 65-Jährigen Einwohnern/-innen dar. Der Jugendquotient bildet das Verhältnis der 18-65-Jährigen zu den unter 18-Jährigen Einwohnern/-innen ab. Ortsteile mit einem hohen Altenquotient weisen einen hohen Anteil älterer Menschen über 65 Jahre, Ortsteile mit einem hohen Jugendquotienten einen hohen Anteil jüngerer Menschen unter 18 Jahren auf.

Die „ältesten Ortsteile“ in der Stadt Bremen sind Grolland (Altenquotient 61,5), Ellener Feld (60,7) und Neue Vahr Südwest (56,5). Der städtische Durchschnitt liegt erheblich darunter, bei 33,5. Als Ortsteile mit den geringsten Anteilen über 65-Jähriger gelten das Ostertor (15,8), Steintor (13,8) und Fesenfeld (13,6).

Die „jüngsten“ Ortsteile sind demgegenüber Tenever (Jugendquotient 45,7), Borgfeld (38,4) und Arsten (34,8). Der Durchschnittswert liegt in der Stadt Bremen bei 24. Den geringsten Jugendanteil weisen die Ortsteile Bahnhofsvorstadt (9,3), Alte Neustadt (9,0) und Altstadt (6,8) auf.

Abbildung 29: Alten- und Jugendquotienten in den Ortsteilen der Stadt Bremen 2008

Ortsteil	Altenquotienten 2008
Fesenfeld	13,6
Steintor	13,8
Ostertor	15,8
<i>Stadt Bremen</i>	<i>33,5</i>
Neue Vahr Südwest	56,5
Ellener Feld	60,7
Grolland	61,5

Ortsteil	Jugendquotienten 2008
Altstadt	6,8
Alte Neustadt	9,0
Bahnhofsvorstadt	9,3
<i>Stadt Bremen</i>	<i>24,0</i>
Arsten	34,8
Borgfeld	38,4
Tenever	45,7

Quelle: Statistisches Landesamt (2010) – eigene Darstellung

In Bremerhaven ist der Jugendquotient mit 27 etwas höher als in Bremen Stadt (24). Auch hier gibt es Ortsteile mit besonders niedrigen Quotienten wie Mitte-Süd (12,6), Geestemünde (Nord & Süd) (17,5 & 20,2) oder Twischkamp (20,2). Den höchsten Quotienten hat Schierholz (40), gefolgt von Leherheide-West, Grünhöfe, Eckernfeld und Bürgerpark mit je etwa 33. Auch der Altenquotient liegt in Bremerhaven (36) höher als der Stadtbremer (33). Dabei sind Geestemünde-Süd (57,4), Mitte-Süd (55,5) und Speckenbüttel (50,6) die Spitzenreiter. Im Verhältnis zu den 18-65-jährigen leben in den Ortsteilen Goethestraße, Schierholz und Klushof sehr wenig ältere Menschen. Dort beträgt der Altenquotient 26 und weniger.<sup>63</sup>

### Migranten/-innenanteil

In allen Ortsteilen der Stadt Bremen steigt der Migranten/-innenanteil leicht, aber kontinuierlich an. Eine differenzierte Auswertung zeigt, dass in benachteiligten Ortsteilen die größten Anteile an Migrantinnen und Migranten leben. Die höchsten Werte erreichen die Ortsteile

<sup>63</sup> Vgl. hierzu 3.2



Tenever (60%) und Neue Vahr Nord (53,3%). Die geringsten Anteile findet man in den Ortsteilen Grolland (8%) und Habenhausen (9,7%).<sup>64 65</sup>

### **Familienstatus alleinerziehend**

In Bremen Stadt sind von allen Haushalten mit Kindern 29 Prozent Haushalte Alleinerziehender. Dieser Anteil variiert in den verschiedenen Ortsteilen. Alleinerziehende haben ein hohes Armutsrisiko und entsprechend sind deren Anteile in benachteiligten Ortsteilen besonders ausgeprägt. Die höchsten Quoten finden sich in der Neuen Vahr Südwest (48%), in Gröpelingen (41%) und im Steffensweg (39%). Die niedrigsten Anteile Alleinerziehender gibt es hingegen in den privilegierten Ortsteilen Borgfeld (11%), Osterholz (14%) und Oberneuland (17%).<sup>66 67</sup>

## **10.2 Steuerpflichtiges Einkommen**

Für die Stadt Bremen liegen Daten über die durchschnittlichen Einkünfte je Steuerpflichtigem in den Ortsteilen vor. Die Werte stammen aus dem Jahr 2001. Für die Stadt Bremerhaven existieren Ortsteildaten für das Jahr 2004.<sup>68</sup> In der Stadtgemeinde Bremen nahm der Ortsteil Horn im Jahr 2001 mit einem durchschnittlichen Einkommen von 101.750 Euro den Spitzenplatz ein. Es folgten die Ortsteile Oberneuland (79.226 Euro) und Bürgerpark (62.540 Euro). Die Ortsteile Neue Vahr Südost, Gröpelingen und Steffensweg wiesen mit jeweils ca. 21.500 Euro die niedrigsten Einkommen auf.

In Bremerhaven verdienten 2004 die Bewohner/-innen der Ortsteile Speckenbüttel (38.282 Euro), Weddewarden (32.579 Euro) und Fehrmoor (31.926 Euro) am meisten. Die niedrigsten Einkommen erzielten die Steuerpflichtigen in den Bremerhavener Ortsteilen Goethestraße (16.975 Euro) und Leherheide-West (16.197 Euro).<sup>69</sup>

---

<sup>64</sup> Für Bremerhaven liegen keine Daten zum Anteil von Migrant\*innen an der Bevölkerung vor.

<sup>65</sup> Vgl. hierzu 3.3

<sup>66</sup> Für Bremerhaven liegen keine Daten zum Anteil von Alleinerziehenden in den Ortsteilen vor.

<sup>67</sup> Vgl. hierzu 3.4

<sup>68</sup> Die aktuellsten vorliegenden Werte stammen für die Stadt Bremen aus dem Jahr 2001 und die Stadt Bremerhaven aus dem Jahr 2004. Auf Grund von Änderungen in der Steuergesetzgebung sind die Daten nur eingeschränkt vergleichbar,

<sup>69</sup> Statistisches Landesamt Bremen (2010)

### 10.3 SGB II-Bezug

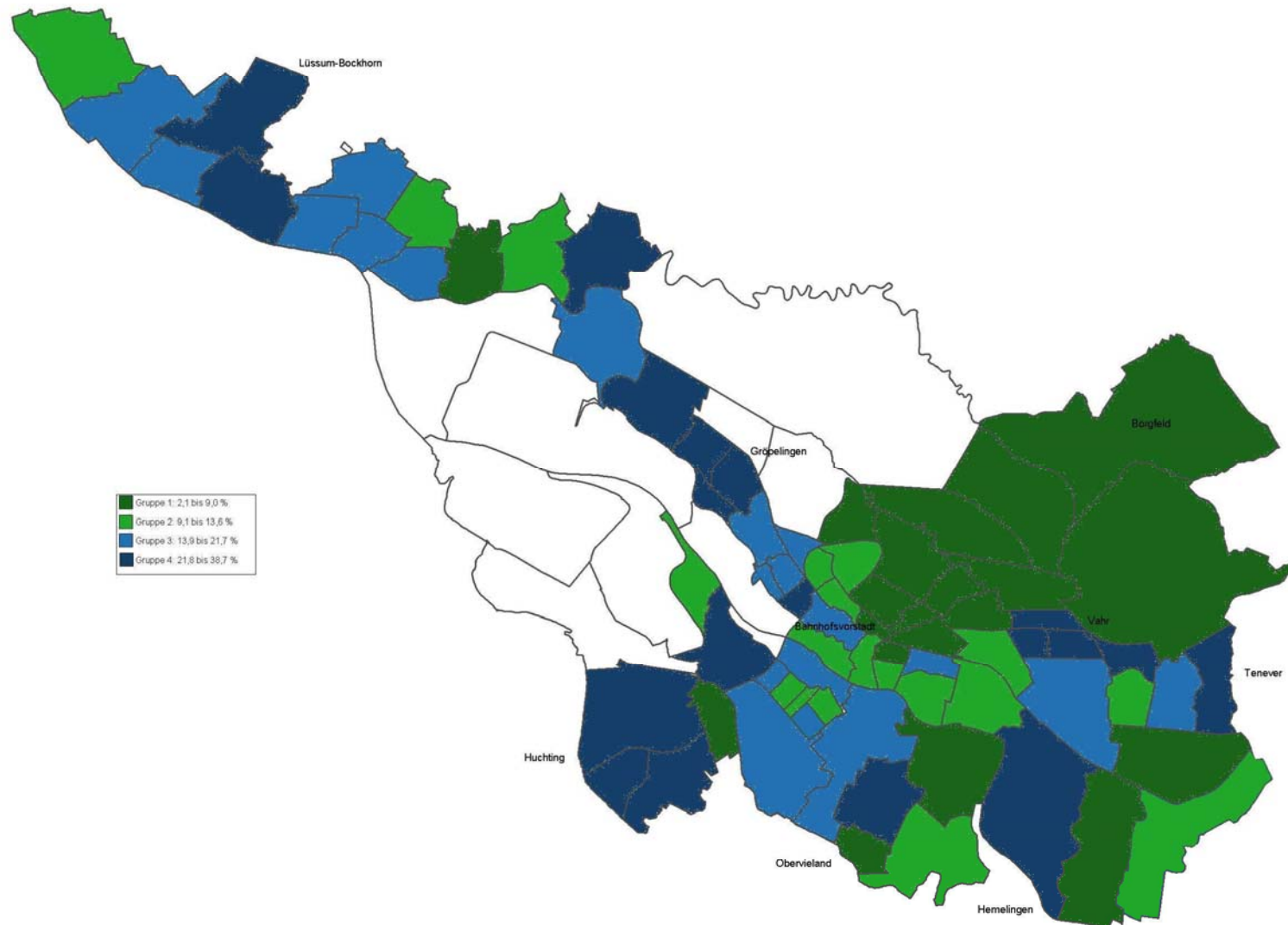
Die Anteile von Leistungsbeziehern/-innen nach dem Zweiten Sozialgesetzbuch variieren in den Ortsteilen der Stadt Bremen von 2,1 Prozent in Borgfeld bis zum Spitzenwert 38,7 Prozent in Tenever. Die folgende Karte stellt vier Ortsteilgruppen dar. Die insgesamt 78 Ortsteile wurden anhand der SGB II – Quote, angefangen mit dem niedrigsten Wert, in eine Reihenfolge gebracht und in vier Gruppen unterteilt. Die Auswertung zeigt einen hohen Anteil von SGB II – Bezug im Norden Bremens. Hier nimmt der Ortsteil Lüssum-Bockhorn mit 24,9 Prozent den Spitzenplatz ein. Auch der Bremer Westen mit dem höchsten Wert im Ortsteil Gröpelingen (35,2 Prozent) sticht heraus.

Darüber hinaus zeigen sich überdurchschnittliche Werte im Süden der Stadt (Stadtteile Huchting (insgesamt 22,6%) und Obervieland (15,1%)) sowie im Osten des Stadtgebiets (Stadtteile Vahr (25,1%) und Hemelingen (15,9%)).<sup>70</sup>

---

<sup>70</sup> Statistisches Landesamt Bremen (2010)

Abbildung 30: SGB II-Bezug in den Bremer Ortsteilen (Gruppen)



Quelle: Statistisches Landesamt Bremen (2010) – eigene Darstellung

+

Auch in Bremerhaven variieren die SGB II-Quoten zwischen den Ortsteilen. Während in Speckenbüttel 2008 nur 3,5 Prozent der Einwohner/-innen unter 65 Jahren Leistungen nach dem SGB II bezogen, erhielten in dem Ortsteil Goethestraße 44 Prozent der Bewohner/-innen Leistungen nach diesem Gesetz. Wie die Abbildung 31 zeigt, lagen die Werte für sieben der 23 Ortsteile unter dem Bremerhavener Durchschnitt. In Klushof (33,3%), Grünhöfe (38,4%), Leherheide-West (39,8%) und Goethestraße (44,0%) erhielten dagegen mindestens ein Drittel der Bevölkerung diese Transferleistungen.<sup>71</sup>

Abbildung 31: SGB II-Bezug in den Bremerhavener Ortsteilen 2008

<b>Ortsteil</b>	<b>SGB II-Quote</b>
Speckenbüttel Bhv., 131	3,5
Surheide Bhv., 231	4,2
Fehrmoor Bhv., 122	4,2
Schiffdorferdamm Bhv., 221	6,1
Weddewarden Bhv., 111	7,0
Königsheide Bhv., 121	7,6
Fischereihafen Bhv., 251	8,0
Jedutenberg Bhv., 242	8,4
Buschkämpen Bhv., 137	8,8
Eckernfeld Bhv., 132	11,5
Schierholz Bhv., 136	13,3
Geestemünde-Nord Bhv., 211	16,2
Dreibergen Bhv., 241	19,2
Geestemünde-Süd Bhv., 213	21,6
Mitte-Süd Bhv., 141	22,1
Bürgerpark Bhv., 214	23,0
<i>Stadt Bremerhaven</i>	<i>23,2</i>
Mitte-Nord Bhv., 142	25,9
Geestendorf Bhv., 212	29,3
Twischkamp Bhv., 133	30,1
Klushof Bhv., 135	33,3
Grünhöfe Bhv., 215	38,4
Leherheide-West Bhv., 123	39,8
Goethestraße Bhv., 134	44,0

Quelle: Statistisches Landesamt Bremen (2010)

## 10.4 Bildung

Die Anteile der Bildungsabschlüsse in den Ortsteilen der Stadt Bremen variieren erheblich. So zeigt sich für die Schulabsolventen/-innen des Jahres 2009 ein überproportional hoher Anteil von Schüler/-innen mit Schulabschluss unterhalb des mittleren Schulabschlusses (Berufsbildungsreife / Hauptschulabschluss oder kein Schulabschluss) in den sozial benachteiligten Ortsteilen. Hier lagen die Neue Vahr Nord (49,8% unterhalb des mittleren Schulab-

<sup>71</sup> Vgl. hierzu 4.3

schlusses bzw. 7,9% ohne Schulabschluss) und Gröpelingen (44,0% bzw. 9,6%) an der Spitze.<sup>72</sup> Die geringsten Anteile wiesen hier hingegen die gut situierten Ortsteile Schwachhausen (4,2% bzw. 0%), Neu-Schwachhausen (3,8% bzw. 0%) und Bürgerpark (3,5% bzw. 0%) auf. Der Zusammenhang bestätigt sich auch für die Betrachtung der Abiturienten. Hier nahm der Ortsteil Bürgerpark (83,3%) wiederum die Spitzenposition ein. Der Ortsteil Gröpelingen lag hingegen mit 12,7 Prozent auf einem der hinteren Plätze.<sup>73</sup>

---

<sup>72</sup> Für die Berechnung der Anteile setzt man die Anzahl der Absolventen/-innen eines Abschlussjahrgangs ins Verhältnis zu einem Durchschnittsjahrgang der gleichaltrigen Wohnbevölkerung. Für den mittleren Schulabschluss verwendet man dabei die Bevölkerungszahl in den Altersgruppen 15-18, für das Abitur verwendet man die Altersgruppen 18-21 Jahre.

Die prozentualen Anteile beruhen zum Teil auf geringen absoluten Werten in den Bezugsgrößen Absolventen/-innen nach Schulabschluss und gleichaltrige Bevölkerung im Ortsteil, was bei einer Bewertung dieser Kennzahlen in Bezug auf einzelne Ortsteile zu berücksichtigen ist.

<sup>73</sup> Vgl. hierzu 6.2

## 11. Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1:	Bevölkerung im Land Bremen 2000-2009.....	8
Abbildung 2:	Bevölkerungsprognose für das Land Bremen 2020.....	8
Abbildung 3:	Altersgruppen im Land Bremen 2007-2008 und Prognose 2020.....	9
Abbildung 4:	Anzahl der Migranten/-innen in der Stadt Bremen 2005-2008.....	10
Abbildung 5:	Familien mit Kindern im Land Bremen 2001-2008.....	11
Abbildung 6:	Haushalte im Land Bremen 2000 - 2009 .....	12
Abbildung 7:	Schwerbehinderte Menschen im Land Bremen 2001-2009.....	14
Abbildung 8:	Durchschnittliche Bruttomonatsverdienste im Produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich im Land Bremen 2007-2009 .....	15
Abbildung 9:	Verteilung des monatlichen Haushaltsnettoeinkommens im Land Bremen 2002 und 2008.....	17
Abbildung 10:	Anzahl der SGB II-Bezieher/-innen im Land Bremen 2005-2009 .....	18
Abbildung 11:	Anzahl der SGB II-Bezieher/-innen im Land Bremen 2005-2009 nach Geschlecht ...	19
Abbildung 12:	Anzahl der Leistungsbezieher/-innen Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung SGB XII im Land Bremen 2005-2008 .....	22
Abbildung 13:	Schuldner/-innenquoten nach Creditreform im Land Bremen 2004-2009 .....	24
Abbildung 14:	Anzahl der Verbraucher/-inneninsolvenzen im Land Bremen 2002-2009 .....	25
Abbildung 15:	Erwerbstätigenquote im Land Bremen differenziert nach Geschlecht 2005-2008.....	27
Abbildung 16:	Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte im Land Bremen (Wohnort) 2001-2008 ....	28
Abbildung 17:	Ausschließlich geringfügig Beschäftigte im Land Bremen (Wohnort) 2000-2009.....	30
Abbildung 18:	Anzahl der Kurzarbeiter/-innen im Land Bremen (konjunkturell bedingtes Kurzarbeitergeld) 2007-2009.....	31
Abbildung 19:	Arbeitslosenquoten im Land Bremen 2001-2008.....	32
Abbildung 20:	Betreuungsquoten in den Kindertagesstätten für Bremen und Bremerhaven 2009 ...	34
Abbildung 21:	Anteil der Schulabgänger/-innen ohne Hauptschulabschluss (in Bremen Berufsbildungsreife) im Land Bremen 2001-2009.....	36
Abbildung 22:	Anzahl der Mitglieder in Bedarfsgemeinschaften mit KdU-Bezug in Bremen und Bremerhaven 2006-2009.....	38
Abbildung 23:	Anzahl der Wohngeldempfänger/-innen im Land Bremen 2005-2009.....	39
Abbildung 24:	Anzahl untergebrachter Obdachloser in der Stadt Bremen 2005-2009.....	40
Abbildung 25:	Anzahl untergebrachter obdachloser Männer in der Notunterkunft Bremerhaven 2005-2009.....	41
Abbildung 26:	Anteil übergewichtiger Schulanfänger/-innen nach sozialer Lage in der Stadt Bremen 1998-2008 .....	43
Abbildung 27:	Wahlbeteiligung in der Stadt Bremen – Ortsteile mit niedrigsten und höchsten Beteiligungsquoten 1990-2009.....	45
Abbildung 28:	Wahlbeteiligung in der Stadt Bremerhaven.....	45

Abbildung 29: Alten- und Jugendquotienten in den Ortsteilen der Stadt Bremen 2008.....	48
Abbildung 30: SGB II-Bezug in den Bremer Ortsteilen (Gruppen).....	51
Abbildung 31: SGB II-Bezug in den Bremerhavener Ortsteilen 2008 .....	52